

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



Impressum

Herausgeber_innen Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)
Telefon: 030 / 817 98 58 21
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2025

ISSN 2569-8222

V. i. S. d. P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Text, Konzept, Redaktion

Ruth Hatlapa und Julia Kopp zusammen mit Jonas Empen und Christiane Ketteler
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e. V. bzw. auf den Seiten 48–50 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2025 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschiedt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen und Hinweise in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt die Herausgeber_innen keinen Einfluss haben. Deshalb kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernommen werden. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweilige_n Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e. V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite D „Mem“ ist der 13. Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

Inhalt

4	Einleitung
6	Im Überblick: Zentrale Entwicklungen 2024
12	Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024
48	Berliner Perspektiven
54	Die Statistik auf einen Blick
62	Antisemitismus und Terrorverherrlichungen: Antisemitismus auf israelfeindlichen Versammlungen in Berlin 2024
74	Beispiele
84	Anhang: Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Einleitung

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin hat im Jahr 2024 2521 antisemitische Vorfälle registriert. 2023 waren nach dem sprunghaften Anstieg der antisemitischen Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 insgesamt 1270 Vorfälle bekannt geworden, dies stellte bereits einen neuen Höchststand seit Beginn der Dokumentation dar. In den Jahren zuvor hatte das Projekt durchschnittlich etwa 1000 Vorfälle pro Jahr erfasst. Es zeigen sich die anhaltenden Auswirkungen der antisemitischen Reaktionen auf die Massaker des 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas. Viele Entwicklungen, die seit der Zäsur des 7. Oktober 2023 festgestellt wurden, setzten sich 2024 fort: Die antisemitische Gewalt in der Stadt ist weiter angestiegen, wie die 2 Fälle extremer Gewalt und die 53 dokumentierten antisemitischen Angriffe sowie die 99 gezielten Sachbeschädigungen zeigen. Auch die antisemitischen Botschaften online und offline sind gewaltvoller und enthemmter geworden, sie beinhalteten die Androhung von Gewalt, Vernichtungsfantasien oder Befürwortungen der Schoa. Das Versammlungsgeschehen blieb mit durchschnittlich 4 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen pro Woche in 2024 dynamisch.

Das hohe Vorfalleschehen wirkte sich weiterhin einschränkend auf Jüdinnen_Juden und Israelis in Berlin aus – in Form von Angriffen, Bedrohungen, gezielten Beschädigungen des Eigentums oder auch als Anfeindungen und Beleidigungen von Angesicht zu Angesicht. Die Präsenz von und die Konfrontation mit Antisemitismus in Räumen des Alltags, auf der Straße, im ÖPNV, auf dem Uni-Campus, in der Bar, beim Fußball, im Theater, beim Konzert, beim Einkaufen und online wirkt auf viele zermürend. Auch vor dem 7. Oktober 2023 hatte Antisemitismus eine alltagsprägende Wirkung auf Jüdinnen_Juden in Berlin. Das Spannungsverhältnis zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit hat sich seit dem 7. Oktober 2023 verschärft.

Mit dem vorliegenden Bericht stellt RIAS Berlin das umfassendste zivilgesellschaftliche Lagebild zum Antisemitismus in Berlin im Jahr 2024 vor. Der vorliegende Bericht beleuchtet die Dynamiken des Antisemitismus und beschreibt, wie der 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg zwischen Israel und der Hamas als Gelegenheitsstruktur fungiert, die antisemitische Äußerungen und Handlungen befördert. In den Blick genommen werden in einer Gesamtübersicht über das Vorfalleschehen des vergangenen Jahres außerdem einzelne Vorfalltypen, dominierende Erscheinungsformen, Bezirke und Tatorte sowie die politisch-weltanschaulichen Hintergründe der bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle. Der Monitoringbericht „Antisemitismus und Terrorverherrlichungen“ stellt die antisemitischen Vorkommnisse im Versammlungsgeschehen von 2024 dar.

Wie 2023 enthält der Bericht außerdem Beschreibungen, Gedanken und Kommentierungen von Berliner Jüdinnen und Juden zum Antisemitismus in Berlin seit dem 7. Oktober 2023 aus der Instagram-Reihe „Berliner Perspektiven“ von RIAS Berlin.

Im Überblick: Zentrale Entwicklungen 2024

Hohes Vorfallaufkommen seit der Zäsur des 7. Oktober setzt sich fort

2024 wurden dem Projekt 2521 antisemitische Vorfälle bekannt. Das sind im Durchschnitt 210 Vorfälle im Monat. Das Vorfallaufkommen hat sich im Vergleich zu 2023, als 1270 antisemitische Vorfälle verzeichnet wurden, fast verdoppelt. Der 7. Oktober 2023 und der Krieg zwischen Israel und der Hamas fungierten weiterhin als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen und Handlungen. 43,7 % der Vorfälle in 2024 wiesen einen Bezug dazu auf.

Noch nie so viele antisemitische Angriffe wie im Jahr 2024 seit Beginn der Dokumentation

Für das Jahr 2024 dokumentierte RIAS Berlin 2 Fälle extremer Gewalt. Es wurden außerdem 53 Angriffe verzeichnet, eine Steigerung um 56 % im Vergleich zum Jahr 2023, in dem 34 Angriffe bekannt wurden. Betroffene wurden, meist im Kontext spontaner Begegnungen, von Unbekannten geschlagen, getreten, angerempelt oder angespuckt. Bereits 2023 hatte das Projekt nach dem 7. Oktober 2023 einen Anstieg der Fälle antisemitischer Gewalt festgestellt. Antisemitische Angriffe wurden in 8 von 12 Berliner Bezirken verzeichnet.

Verdreifachung gezielter Sachbeschädigungen an Gedenkort

99 gezielte Sachbeschädigungen dokumentierte RIAS Berlin 2024, davon 54 Beschädigungen von Gedenkort. Stolpersteine, Mahnmale, Gedenktafeln und Denkmäler wurden z. B. zerkratzt, unkenntlich gemacht, mit Parolen besprüht, oder Gedenkzubehör wurde entfernt oder zerstört. In den meisten Fällen handelte es sich um Gedenkort zur Erinnerung an die Schoa, es wurden jedoch auch Trauerstellen und Gedenkort beschädigt, die an die Opfer vom 7. Oktober 2023 und an die von der Hamas verschleppten Geiseln erinnern. 2023 und 2022 waren jeweils 18 gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkort verzeichnet worden.

Knapp 5 Vorfälle pro Woche gegen jüdische oder israelische Einzelpersonen

In 251 Vorfällen waren 373 jüdische oder israelische Einzelpersonen betroffen, das sind durchschnittlich etwa 5 Vorfälle pro Woche gegen Jüdinnen_Juden oder Israelis in Berlin. Jüdische und israelische Kinder wurden 2024 in 45 Vorfällen u. a. in der Schule, auf der Straße oder auf dem Sportplatz angefeindet. Darunter waren auch 10 Angriffe gegen jüdische und israelische Kinder. Die Anfeindungen oder Angriffe gingen meist von anderen Kindern und Jugendlichen aus, in vielen Fällen handelte es sich um Mitschüler_innen.

Starker Anstieg von Vorfällen gegen jüdische und israelische Institutionen

2024 waren bei 1015 Vorfällen jüdische oder israelische Institutionen betroffen. Knapp 60 % dieser Vorfälle wiesen einen Bezug zum 7. Oktober 2023 oder dem darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas auf. 1001 der antisemitischen Vorfälle gegen jüdische und israelische Institutionen ereigneten sich online, die meisten auf Social-Media-Plattformen oder per E-Mail. Jüdische Organisationen wurden in vielen Fällen für das Vorgehen Israels in Gaza verantwortlich gemacht. Auch wurde die Zugehörigkeit von Jüdinnen und Juden infrage gestellt und letztlich ihre Ausgrenzung gefordert.

Jüdisches Leben findet in Berlin weiterhin weniger sichtbar statt

Die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 und die Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas wirkten sich auch 2024 einschränkend auf den Alltag von Jüdinnen_Juden in Berlin aus. Es gibt eine regelmäßige Konfrontation mit antisemitischen Inhalten, sei es durch Interaktionen mit bekannten oder unbekannten Personen, sei es durch antisemitische Parolen auf Versammlungen, die mehrmals wöchentlich stattfinden, sei es durch Schmierereien im Stadtbild. Auch Angriffe gegen Jüdinnen_Juden und Israelis wirken über den jeweiligen Angriff hinaus in die Gemeinden und Communities hinein und können ein allgemeines Bedrohungsgefühl verstärken. Jüdinnen und Juden ergreifen noch mehr Strategien zum Umgang mit Antisemitismus, um z. B. nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie meiden Räume, Situationen und Begegnungen, die ihnen nicht sicher erscheinen. Seit dem 7. Oktober 2023 berichten Jüdinnen und Juden, dass die Situation nachhaltig geprägt sei von Gefühlen der Isolation und Unsicherheit, der Sorge um die eigene physische Unversehrtheit, von Erfahrungen des Verlusts – von Freund_innen, Bekannten und einstigen politischen Verbündeten – sowie einem Mangel an Solidarität und Empathie.

Israelbezogener Antisemitismus meist in Kombination mit anderen Erscheinungsformen

Israelbezogener Antisemitismus dominiert mit 1797 Vorfällen (71,3 %) weiterhin das Vorfalleschehen. In den meisten Fällen tritt er jedoch in Kombination mit anderen Erscheinungsformen auf. Bagatellisierungen der Schoa durch die Gleichsetzung mit der Situation in Gaza etwa bedienen die Entlastungs- und Schuldabwehrfunktion des Post-Schoa-Antisemitismus. Die Zuschreibung von besonderer politischer Macht auf Israel, wie das Bild, dass Israel die USA und/oder Deutschland kontrollieren würde, ruft Motive des modernen Antisemitismus auf. Auch klassische Stereotype des Antijudaismus werden auf Israel übertragen, z. B. wenn Israel mit dem Teufel assoziiert oder auf die Ritualmordlegende rekurriert wird. Weniger als ein Drittel der Fälle des israelbezogenen Antisemitismus weisen keine solchen Überschneidungen auf, sondern stellen beispielsweise das Existenzrecht Israels infrage.

Pro Woche 4 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen

RIAS Berlin dokumentierte 208 Versammlungen, auf denen antisemitische Parolen gerufen oder antisemitische Schilder gezeigt wurden oder auf denen es zu antisemitischen Äußerungen in Redebeiträgen kam. Der Bezirk Mitte war mit 98 Fällen der Bezirk mit den meisten Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen. Auch Neukölln (31 Versammlungen), Friedrichshain-Kreuzberg (27 Versammlungen) sowie Tempelhof-Schöneberg (24 Versammlungen) wiesen im Vergleich zu den anderen Bezirken ein hohes Versammlungsaufkommen auf. Etwa 84 % der Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorfällen kam, wurden dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet.

Terrorverherrlichende Parolen und Symbole im Berliner Stadtbild

2024 waren immer wieder auch terrorverherrlichende Äußerungen, Symbole oder Schriftzüge im Berliner Stadtbild präsent. Neben „Intifada“-Rufen und mit den Fingern zeigten oder an die Wände geschmierten roten Dreiecken kam es auf Versammlungen, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, auch zu Rufen, die Yahya Sinwar glorifizierten, der als Hauptorganisator des Massakers vom 7. Oktober 2023 gilt. Es gab auch weiterhin Fälle – wie unmittelbar nach dem 7. Oktober –, in denen die Massaker, die Vergewaltigungen und die Entführungen vom 7. Oktober als legitimer „Widerstand“ verklärt wurden.

Doppelt so viele antisemitische Vorfälle wie im Vorjahr aus dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus

Die meisten antisemitischen Vorfälle, denen ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden konnte, wurden dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugewiesen. Vorfälle aus diesem Spektrum haben sich in absoluten Zahlen verdoppelt (2024: 398; 2023: 198), der Anteil ist mit 15,8 % jedoch weitgehend gleichgeblieben (2023: 15,6 %). Dem rechtsextremen Spektrum wurden 108 Vorfälle (4,3 %) zugeordnet. In den meisten Fällen (1764, 70 %) war die Zuordnung eines politisch-weltanschaulichen Hintergrunds auf der Grundlage der vorliegenden Informationen nicht möglich.

Datengrundlage

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite www.report-antisemitism.de mit Abstand den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines pro-aktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und durch Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt. RIAS Berlin erzeugt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen und geographische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten für die Jahre 2016–2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität. Anders als in den Jahren 2016–2020 und wie bereits für die Jahre 2021 bis 2023 konnte das Projekt für das Jahr 2024 keinen Vergleich mit diesen Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen, da die Daten dem Projekt nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sieht hierfür mit Stand vom Juni 2023 keine Rechtsgrundlage vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich, wie schon in den Vorjahren, eine Unklarheit über die Gesamtheit der staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in 2024. Die Aussagefähigkeit des Berichts „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ bleibt bestehen. Der Vergleich zu den Vorjahren 2021–2023 ist uneingeschränkt valide, da die Auswertungen jeweils auf einer vergleichbaren Datengrundlage basieren.

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte 2024 insgesamt 2521 antisemitische Vorfälle. Das ist im Vergleich zum Jahr 2023 ein Anstieg um 98,5 %, das Vorfallgeschehen hat sich in Berlin folglich fast verdoppelt. Diese Entwicklung steht in direktem Bezug zu den antisemitischen Reaktionen auf die Massaker der Hamas und anderer Terrorgruppen am 7. Oktober 2023 im Süden Israels sowie auf die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas.

Knapp 44 %, 1101 Vorfälle, weisen einen Bezug zum 7. Oktober 2023 oder auf das Kriegsgeschehen auf. Der 7. Oktober 2023 und das Kriegsgeschehen sind daher als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen und Handlungen zu bewerten.

Das Projekt hat monatlich im Durchschnitt 210 antisemitische Vorfälle in Berlin erfasst, knapp 7 antisemitische Vorfälle pro Tag. Vom Januar bis September 2023 verzeichnete das Projekt durchschnittlich etwa 53 Vorfälle pro Monat, in den Monaten Oktober bis Dezember 2023 waren es im Durchschnitt 263 Vorfälle pro Monat. Dieses deutlich erhöhte Vorfallaufkommen setzte sich 2024 fort.

Antisemitische Dynamiken seit dem 7. Oktober 2023

Die Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 sowie der darauf einsetzende Krieg zwischen Israel und der Hamas haben sich maßgeblich auf das Vorfallgeschehen in Berlin ausgewirkt. So war der Anstieg antisemitischer Vorfälle im Jahr 2023 insbesondere auf die antisemitischen Reaktionen auf diese Ereignisse zurückzuführen; mehr als 60 % der Vorfälle des gesamten Jahres ereigneten sich in den knapp drei Monaten nach dem 7. Oktober 2023.

Im Jahr 2024 hielt das stark erhöhte Vorfallaufkommen an. RIAS Berlin dokumentierte insgesamt 2521 antisemitische Vorfälle. Monatlich ereigneten sich im Durchschnitt etwa 210 Vorfälle – eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren: 2020 dokumentierte RIAS Berlin durchschnittlich 85 Vorfälle pro Monat, 2021 waren es etwa 88 Vorfälle, 2022 71 Vorfälle. 2023 wurden von Januar bis September 53 Vorfälle pro Monat verzeichnet, während es seit den Massakern des 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas von Oktober bis Dezember 2023 durchschnittlich 263 Vorfälle pro Monat waren. Nach dem 7. Oktober 2023 ist es folglich zu einem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle gekommen. Vorher hatte RIAS Berlin seit Beginn der Dokumentation überhaupt nur in einem Monat mehr als 200 Vorfälle erfasst: Im Mai 2021, während der damaligen Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt, wurden RIAS Berlin 225 antisemitische Vorfälle bekannt. Auch wenn in der zweiten Jahreshälfte 2024 ein leichter Rückgang dokumentierter Vorfälle zu beobachten ist, zeigt sich dennoch die anhaltende sowohl quantitative als auch qualitative Verschärfung im Vorfallgeschehen ausgehend von der Zäsur des 7. Oktober 2023.

Der 7. Oktober und der Krieg zwischen Israel und der Hamas als Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus

Die Dokumentation antisemitischer Vorfälle in den vergangenen Jahren zeigt, dass das Vorfallgeschehen in Berlin nicht kontinuierlich ansteigt, sondern sich dynamisch entwickelt und gewissen Konjunkturen folgt. Seit dem 7. Oktober 2023 fungieren die Massaker der Hamas und der darauffolgende Krieg zwischen Israel und der Hamas als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen und Handlungen. Anlässe wie politische Ereignisse, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Es handelt sich um temporäre Phasen, in denen eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichen Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Kennzeichnend für Gelegenheitsstrukturen ist, dass sie

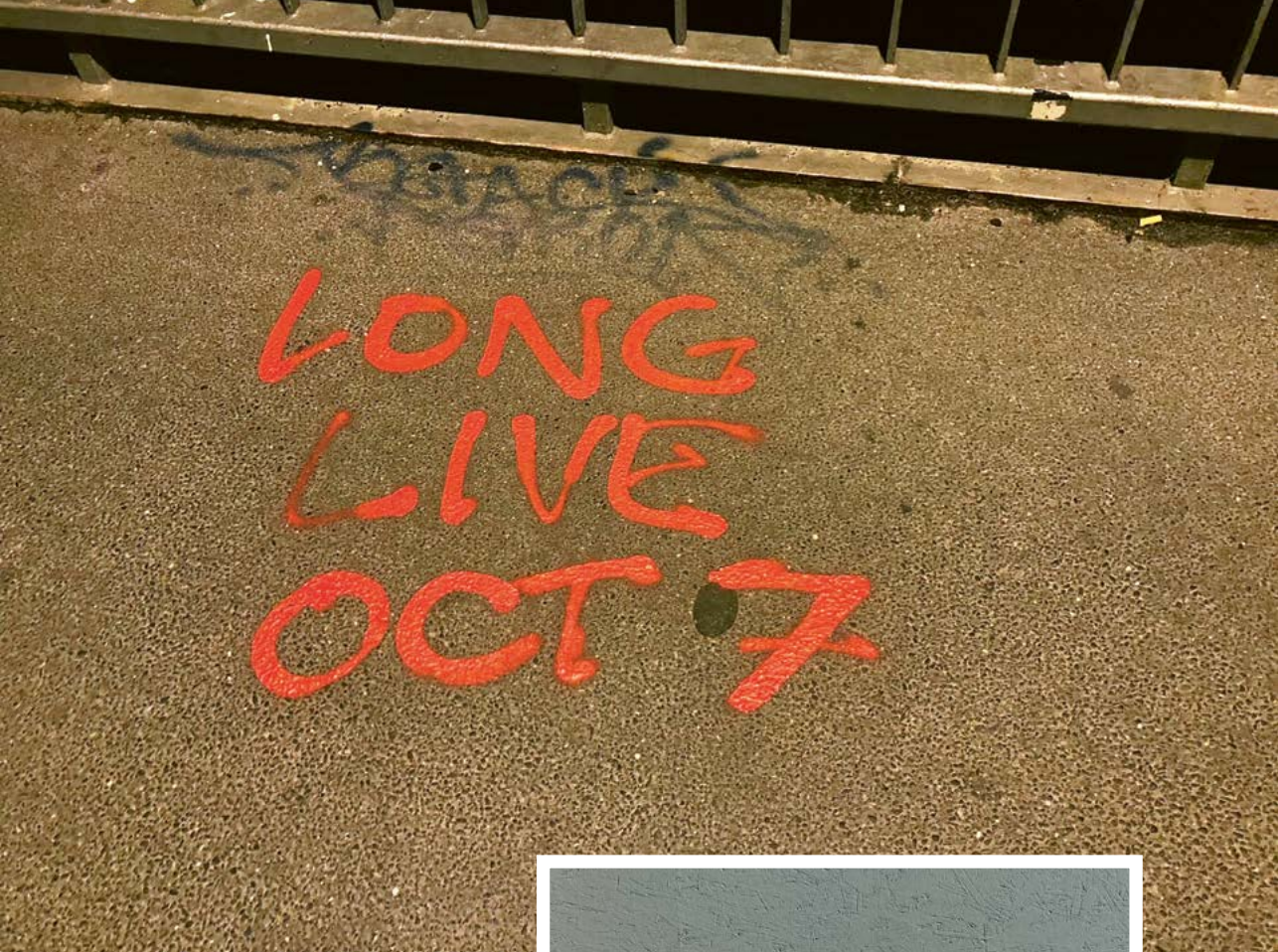
häufig mit einer verstärkten Mobilisierung online und offline durch politische Gruppen und Akteur_innen einhergehen. Bereits vorhandene antisemitische Ressentiments beziehen sich auf einen aktuellen Kontext, der etwa in der medialen Öffentlichkeit besonders präsent ist. Eine Gelegenheitsstruktur kann kurzzeitig zu einem sprunghaften Anstieg führen oder auch langfristig über viele Monate hinweg wirken. Im Zuge der antisemitischen Dynamiken, die von Gelegenheitsstrukturen befördert werden, können sich antisemitische Narrative normalisieren und die Grenze des Sagbaren verschoben werden. Auch kann Antisemitismus in diesem Rahmen gewaltförmiger artikuliert werden.

2024 kam es in 1102 antisemitischen Vorfällen (43,7 %) zu impliziten oder expliziten Bezügen auf die Massaker vom 7. Oktober 2023 oder den Krieg zwischen Israel und der Hamas. Dies umfasste alle Vorfalltypen: Beide Fälle extremer Gewalt, 17 Angriffe, 18 gezielte Sachbeschädigungen, 16 Bedrohungen, 1021 Fälle verletzenden Verhaltens sowie 28 Massenzuschriften wiesen einen solchen Bezug auf. Bei bestimmten Vorfalltypen war dieser Bezug besonders ausgeprägt, so standen 177 von 208 Versammlungen (85,1 %) in diesem Zusammenhang.

Der Bezug auf den 7. Oktober 2023 und den Krieg zwischen Israel und der Hamas ist mit 663 Vorfällen besonders präsent im digitalen Raum, z. B. in antisemitischen E-Mails oder in antisemitischen Kommentaren auf Social-Media-Plattformen. Aber auch 438 Vorfälle außerhalb des digitalen Raums zeigten einen solchen Bezug, darunter u. a. 79 Vorfälle von Angesicht zu Angesicht, 107 Schmierereien sowie die bereits erwähnten 177 Versammlungen.

Dass sich der Antisemitismus zudem enthemmter und gewaltvoller äußert, zeigt sich in den 39 Vernichtungsdrohungen, die einen Bezug auf den 7. Oktober 2023 und den Krieg zwischen Israel und der Hamas aufwiesen, sowie in 108 Fällen, in denen antisemitische Gewalt verherrlicht wurde. In vielen Vorfällen wurde auf Massaker der Hamas in Israel mit einer Legitimierung von Gewalt gegen Jüdinnen und Juden in Berlin reagiert: In Gesprächen wurden die Massaker der Hamas gerechtfertigt und verklärt, es wurden Vernichtungswünsche artikuliert, die Schoa wurde mit Verweis auf das Vorgehen Israels in Gaza befürwortet, auf Versammlungen und in Schmierereien wurden Aufrufe zur Gewalt gegen Jüdinnen_Juden formuliert. Diese Phänomene im Vorfalleschehen zeigen, dass die Gewalttaten und der Terror der Hamas zum einen antisemitische Affekte verstärkt oder aktiviert haben, zum anderen kam es zu zahlreichen antisemitischen Reaktionen auf die Kriegshandlungen Israels.¹

1 Siehe dazu: Gruber, Julius; Loy, Bianca; Poensgen, Daniel: Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland, in: https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf (Zugriff am 8.4.2025).



Treptow-Köpenick, 5. Oktober: ▲
Antisemitische und terror-
verherrlichende Schmiererei.

Mitte, 14. März: ► Plakate, die an
die von der Hamas am 7. Oktober
2023 entführten Geiseln
erinnern, wurden beschädigt
und mit den Schriftzug
„Free Gaza“ überschmiert.



Die Vorfälle mit Bezug auf den 7. Oktober 2023 und das Kriegsgeschehen wiesen zudem alle antisemitischen Erscheinungsformen auf, die RIAS Berlin unterscheidet. Leugnungen und Befürwortungen der Massaker des 7. Oktober 2023 sind Narrative des israelbezogenen Antisemitismus; Jüdinnen_Juden oder jüdische Institutionen kollektiv für tatsächliches oder vermeintliches Handeln der israelischen Regierung haftbar zu machen und sie zu beschimpfen oder zu entmenslichen sind Formen des antisemitischen Otherings; Post-Schoa-Antisemitismus findet sich u. a. in den Gleichsetzungen Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland oder der Situation in Gaza mit der Schoa. Stereotype des modernen Antisemitismus tauchen in Verschwörungsmythen auf, die den 7. Oktober als „false flag“-Aktion und die sexuelle Gewalt als „Propaganda“ bezeichnen oder behaupten, Israel würde die USA, Europa oder die Presse kontrollieren. Bilder, die Jüdinnen_Juden oder Israel mit dem Teufel assoziieren, entspringen dem traditionellen Antijudaismus.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist zudem eine konstante Mobilisierung online und offline zu beobachten. Die Sozialen Medien wirkten als Verbreitungsplattformen antisemitischer Inhalte und Narrative. Die von RIAS Berlin registrierten antisemitischen Vorfälle zeigen, dass es auch zu gezielten antisemitischen Anfeindungen gegen Einzelpersonen und Organisationen unter Bezugnahme auf den 7. Oktober 2023 und den Krieg zwischen Israel und der Hamas kam. Die kontinuierliche Mobilisierung auf der Straße beförderte die antisemitische Dynamik ebenfalls aktiv: durch Versammlungen, auf denen antisemitische Parolen, Symbole und Narrative aufgegriffen und verbreitet wurden, aber auch durch Graffiti, Plakate und Aufkleber. Neben diesen direkten Mobilisierungen war zudem festzustellen, dass bestimmte Räume wie z. B. Hochschulen oder Kultureinrichtungen stärker als vor dem 7. Oktober 2023 für antisemitische Äußerungen genutzt wurden.

Weiterhin weitreichende Auswirkungen auf das Leben von Jüdinnen_Juden

Die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 und die Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas hatten auch 2024 spürbare Auswirkungen auf den Alltag von Jüdinnen_Juden. Bereits vor dem 7. Oktober 2023 handelte es sich bei Antisemitismus um ein alltagsprägendes Phänomen für Jüdinnen_Juden in Berlin. Das heißt nicht, dass Jüdinnen_Juden in Berlin tagtäglich mit Antisemitismus konfrontiert waren, aber dass er ihnen in so unterschiedlichen Formen und verschiedenen Kontexten begegnete, dass immer wieder zwischen der Sichtbarkeit der eigenen jüdischen Identität und der physischen und psychischen Unversehrtheit abgewogen werden musste. Dieses Spannungsverhältnis hat sich nach dem 7. Oktober 2023 verschärft.

Nicht nur die Häufigkeit der Anfeindungen hat seitdem für viele spürbar zugenommen, auch die Art und die Wirkung der Vorfälle haben sich verändert. Jüdinnen_Juden wurden vielfach für tatsächliche oder vermeintliche Kriegshandlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht. In Gesprächen mit Bekannten oder Unbekannten wurde die Gewalt vom 7. Oktober 2023 verharmlost, legitimiert oder begrüßt, bereits Zeichen der Solidarität mit den von der Hamas entführten Geiseln dienten als Anlass für Anfeindungen, auf das Befürworten des Existenzrechts Israels wurde auf Social Media mit Kommentaren wie der Beschimpfung als „Zionazi“ bis hin zu einzelnen Morddrohungen reagiert.

Auch die Erfahrung des Ausschlusses von Jüdinnen_Juden oder Israelis aus ehemals vertrauten sozialen oder politischen Räumen sowie Prozesse der Entsolidarisierung können belastend oder sehr schmerzhaft sein. Betroffene von antisemitischen Vorfällen berichten regelmäßig davon, dass sie keine Unterstützung oder Solidarität von Anwesenden erfahren. Einige erwähnen auch, dass sie nur einen Bruchteil der Vorfälle, die sie erleben, melden. Viele von Antisemitismus Betroffene vermeiden zunehmend, als jüdisch oder israelisch erkennbar zu sein, oder ziehen sich aus Räumen zurück, in denen sie Konfrontationen mit Antisemitismus befürchten.

Zugleich berichten gerade jüngere Jüdinnen_Juden, dass sie sich organisieren und engagieren, z. B. an den Hochschulen. Andere wiederum erzählen von neuen Bündnissen und Vernetzungen, etwa im Kunst- und Kulturbereich.

Vorfalltypen

RIAS Berlin verzeichnete 2024 2 Fälle extremer Gewalt, 53 Angriffe, 99 gezielte Sachbeschädigungen, 46 Bedrohungen, 2212 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 208 Versammlungen, sowie 109 antisemitische Massenzuschriften.

Im folgenden Abschnitt werden die Fälle antisemitischer Gewalt, der gezielten Sachbeschädigung sowie die des verletzenden Verhaltens ausgeführt.

Antisemitische Gewalt und verletzendes Verhalten

Extreme Gewalt und Angriffe

Für das Jahr 2024 dokumentierte RIAS Berlin 2 Fälle extremer Gewalt und 53 Angriffe gegen Personen. Physische Angriffe oder Anschläge, die schwere Körperverletzungen darstellen oder gar den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können, werden als Fälle extremer Gewalt erfasst. Unter Angriffe fallen solche Vorfälle, die nicht lebensgefährlich sind und keine schweren körperliche Schäden verursachen. Personen wurden beispielsweise getreten, geschlagen, bespuckt, angerempelt oder beworfen. Im Vorjahr 2023 waren 34 Angriffe verzeichnet worden, die sich mehrheitlich nach dem 7. Oktober ereignet hatten. Diese Steigerung um etwa 56 % im Vergleich zum Vorjahr zeigt, dass die Zunahme antisemitischer Angriffe gegen Personen nach dem 7. Oktober auch im Jahr 2024 angehalten hat. Dem Projekt wurden bisher in keinem Jahr seit Beginn der Dokumentation so viele Angriffe bekannt.²

Beide Fälle extremer Gewalt sowie 36 der 53 Angriffe richteten sich gegen Jüdinnen_Juden/Israelis oder jüdisch adressierte Personen. In 10 Angriffen wurden Kinder und Jugendliche attackiert. Die Angreifenden nahmen wiederholt jüdische oder israelische Symbole oder Zeichen zum Anlass, die Betroffenen anzugreifen und anzufeinden. So saßen z. B. ein Mann und eine Frau in einem Imbiss in Neukölln und unterhielten sich auf Hebräisch. Zwei Männer am Nachbartisch wurden darauf aufmerksam und machten zunächst abfällige Bemerkungen in ihre Richtung. Als die Frau widersprach, griff einer der Männer einen Stuhl und begann, auf sie einzuschlagen. Die Frau konnte den Stuhl mit den Armen abwehren, woraufhin er sie mit den Fäusten schlug. Schließlich übergoss er sie mit seinem Getränk und

2 Die im Jahr 2023 registrierten 34 Angriffe waren bereits im Verhältnis zum Jahr 2022 eine Steigerung um 60 %. Doch schon in früheren Jahren gab es eine hohe Zahl von Angriffen. 2018 erfasste das Projekt 46 Angriffe, 2019 waren es 33. In beiden Jahren umfasste die Datengrundlage der Auswertung antisemitischer Vorfälle allerdings auch die polizeilich erfassten Daten antisemitischer Straftaten in Berlin. Der Anstieg im Verhältnis zu den Jahren vor 2021 kann aufgrund der nicht zur Verfügung gestellten PMK-Daten nicht genau bestimmt werden.

spukte ihr ins Gesicht. Dann schlug er ihrem Begleiter ins Gesicht. In einem anderen Fall wurde eine Frau, die eine Straße überqueren wollte, von einem Jugendlichen, der den Chai-Anhänger an ihrer Kette gesehen hatte, angespuckt und mit den Worten „Yahoodi sharmuta [Jüdische Hure]“ beschimpft.

Nichtjüdische oder als nicht-jüdisch adressierte Personen wurden beispielsweise attackiert, nachdem sie mit Israel assoziierte Symbole trugen, als „Zionist/Zionistin“ markiert wurden oder sich gegen antisemitische Äußerungen positionierten. Als sich zum Beispiel eine Frau gegen einen antisemitischen Gesang eines Mannes aussprach, wurde sie von ihm beschimpft und an den Haaren gezogen.

Im Jahr 2024 wiesen beide Fälle extremer Gewalt sowie 17 Angriffe einen Bezug zum 7. Oktober oder zum darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas auf. So waren unter den Angegriffenen Personen, die ihre Solidarität mit den von der Hamas entführten Geiseln zeigten (z. B. durch gelbe Schleifen oder einen „Bring Them Home“-Schriftzug) oder die sich gegen die Bagatellisierung, Verleugnung und Legitimierung sexualisierter Gewalt positionierten.

In 5 Fällen wurden die Angegriffenen von den Täter_innen zusätzlich sexistisch angefeindet, z. B. mit sexistischen Beschimpfungen oder durch die Androhung von sexueller Gewalt. Bei einzelnen Angriffen kam es auch zu Überschneidungen mit Rassismus, Antiziganismus und LGBTQ-Feindlichkeit.

Antisemitische Angriffe wurden in 8 der 12 Berliner Bezirke dokumentiert: 9 Angriffe im Bezirk Mitte, 8 in Friedrichshain-Kreuzberg, 8 in Neukölln, 6 in Charlottenburg-Wilmersdorf, 6 in Tempelhof-Schöneberg, 4 in Treptow-Köpenick, 3 in Pankow, 2 in Steglitz-Zehlendorf. Aus den Bezirken Lichtenberg, Spandau, Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf wurden dem Projekt keine Angriffe bekannt.

Gezielte Sachbeschädigung

Als gezielte Sachbeschädigung wertet RIAS Berlin Beschädigungen und Zerstörungen, die sich gegen jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Gegenstände und Gebäude, Besitz und Eigentum oder gegen Schoa-Gedenkort e richten. 2024 wurden 99 Vorfälle gezielter Sachbeschädigung dokumentiert; das entspricht einer Steigerung zum Vorjahr um etwa 90 % (2023: 52 Vorfälle).

Im Verhältnis zum Vorjahr haben sich die gezielten Beschädigungen von Gedenkorten wie Stolpersteinen, Mahnmalen, Gedenktafeln und Denkmälern verdreifacht (54 Vorfälle). Gedenkort e wurden zum Beispiel zerkratzt, unkenntlich gemacht, verbogen, mit Parolen besprüht, oder es wurde Gedenkzubehör entfernt oder zerstört. Neben den Gedenkort en kam es zu gezielten Sachbeschädigungen an Kunstwerken und Kultureinrichtungen (10 Vorfälle).

2024 wurden 17 Fälle gezielter Sachbeschädigung an Stolpersteinen bekannt. Sie wurden beschädigt, beschmiert, oder es wurde Gedenkzubehör zerstört oder gestohlen.



▲ Charlottenburg-Wilmersdorf, 19. April
 ◀ Mitte, 5. November



▲ Lichtenberg, 5. November
 ◀ Mitte, 27. November



Gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkortern zur Erinnerung an die Verfolgung von Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten werden der Erscheinungsform des Post-Schoa-Antisemitismus zugerechnet. Für 2024 wurden aber auch 9 Vorfälle dokumentiert, in denen Beschädigungen an Gedenkortern Elemente des israelbezogenen Antisemitismus aufwiesen. In diesen Fällen wurde Israel mit den Nationalsozialisten oder die Situation in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt. Solche Gleichsetzungen sind eine Bagatellisierung der Schoa. Wird mit Bezug auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas ausgedrückt, dass Juden, die Opfer von damals, nun die „Täter“ seien, ist dies außerdem als Täter-Opfer-Umkehr zu deuten. Auch terrorverherrlichende Symbole wurden an Gedenkortern angebracht. So wurde z. B. auf einem Schaukasten, der an ein jüdisches Kinderheim erinnert, ein rotes Dreieck mit dem Schriftzug „Stoppt jeden Genozid“ in den Eingang gesprüht. Bei dem roten Dreieck handelt es sich um ein Zeichen, das in Propagandavideos der Hamas zur Feindmarkierung benutzt wird. Dies an einem Gedenkort zu hinterlassen, verhöhnt die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und instrumentalisiert Orte des Gedenkens für eine aktuelle politische Auseinandersetzung.

In mehreren Fällen wurden auch Erinnerungsorte an die Geiseln, Verletzten und Toten vom 7. Oktober entweder unkenntlich gemacht, zerstört oder mit antisemitischen Parolen beschmiert. Der Sderot-Platz in Steglitz-Zehlendorf wurde gleich mehrfach zur Zielscheibe. Der Name des Platzes würdigt die Städtepartnerschaft mit der gleichnamigen israelischen Kommune, die nah am Gazastreifen liegt und von den Massakern direkt betroffen war. Nach dem 7. Oktober wurde der Platz auch zu einem Gedenkort für die Opfer des 7. Oktober. Bereits im Frühjahr 2024 stahlen Unbekannte alle dort zum Gedenken niedergelegten Blumen und Kränze, und zwischen Oktober und Dezember wurde das Städtepartnerschaftsschild mehrmals mit schwarzer Farbe unkenntlich gemacht. Auf der Admiralsbrücke in Kreuzberg zerstörten Unbekannte eine provisorische Trauerstelle für die von der Hamas ermordete Carolin Bohl. Außerdem wurden die an die Geiseln und Toten des 7. Oktober erinnernden gelben Schleifen vom Brückengeländer entfernt.

In 27 Vorfällen trafen die gezielten Sachbeschädigungen das Wohnumfeld, den Besitz oder das Eigentum von Juden_Jüdinnen oder Israelis. Im Wohnumfeld dokumentierte RIAS Berlin Fälle wie die Markierung der Haustür eines Wohnhauses mit einem Davidstern oder das Beschmieren der Fassade mit dem Schriftzug „Jude“. In einem anderen Fall wurde ein Aufzug mit schwarzen Dreiecken beschmiert, u. a. direkt neben dem Steuerungsknopf für das Stockwerk, in dem eine Mesusa an der Wohnungstür hing. Die meisten Täter_innen blieben unbekannt.

Antisemitische Vorkommnisse im nahen Wohnumfeld sind oft stark verunsichernd, da das Zuhause einen Ruhe- und Schutzraum bieten sollte. Bleiben die Täter_innen anonym, kann dies ein zusätzlicher Faktor der Verunsicherung für Betroffene sein, da zum Beispiel nicht einschätzbar ist, ob Nachbarn involviert sind.

Im öffentlichen Raum richteten sich gezielte Sachbeschädigungen außerdem gegen jüdische oder israelische Objekte/Gegenstände. So wurde in Schöneberg ein Chanukka-Leuchter umgeworfen, zwei Arme wurden herausgebrochen, in Dahlem wurde ein Leuchter mit einem Hakenkreuz beschmiert.



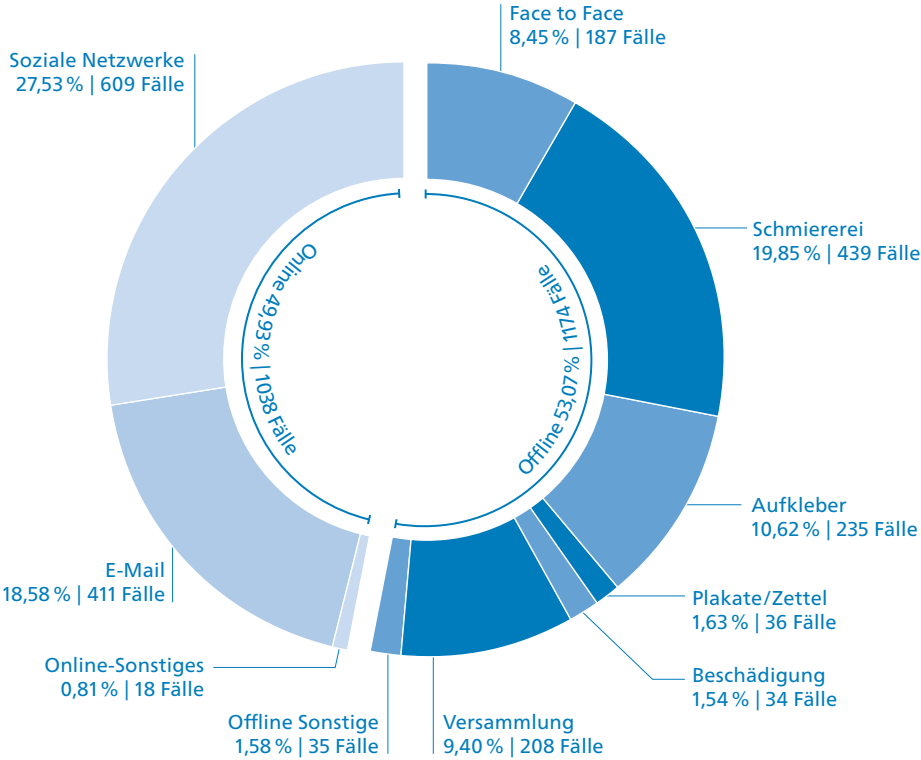
▲ Neukölln, 11. Februar: Antisemitische und rassistische Schmierereien sowie NS-verherrlichende Symboliken in einem Hausflur.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst ein breites Spektrum an Vorfällen. Dazu gehören alle Fälle, in denen jüdische oder israelische Personen oder Institutionen gezielt angefeindet oder diskriminiert werden. Darunter fallen auch Anfeindungen in Wort und Schrift gegen nichtjüdische Personen oder Institutionen, wenn diese antisemitische Inhalte aufweisen. Des Weiteren zählen dazu u. a. antisemitische Schmierereien, Aufkleber oder Plakate, sofern diese nicht gezielt an Gedenkortern oder jüdischem Eigentum angebracht sind. Versammlungen, auf denen antisemitische Parolen gerufen oder antisemitische Schilder gezeigt werden, werden als ein Vorfall in der Kategorie verletzendes Verhalten verzeichnet. Antisemitische Anfeindungen, die z. B. per E-Mail oder über Social-Media-Plattformen eingehen und bei denen es sich nicht um Bedrohungen handelt, fallen ebenfalls darunter.

2024 dokumentierte RIAS Berlin 2212 Vorfälle verletzenden Verhaltens, das waren 97 % mehr als im Vorjahr (1121 Vorfälle). 1174 Fälle von verletzendem Verhalten (53,1 %) ereigneten sich offline, 1038 Fälle online. RIAS Berlin dokumentierte 208 Versammlungen, auf denen u. a. antisemitische Parolen gerufen oder antisemitische Plakate gezeigt wurden (siehe Bericht S. 62–73). 187 Vorfälle geschahen von Angesicht zu Angesicht, also in einer direkten Begegnung. Es wurden 439 Schmierereien, 235 Aufkleber, 36 Zettel und Plakate sowie 34 Beschädigungen verzeichnet. In diesen Fällen blieben die Täter_innen oft unbekannt. Bei antisemitischen Vorfällen online war der Anteil der Vorfälle in den Sozialen Netzwerken mit 58,7 % am höchsten (609 Vorfälle, darunter: Instagram 177, Twitter/X 267, TikTok 33, Facebook 47, YouTube 83), gefolgt von E-Mail-Zuschriften mit 39,6 % (411 Vorfälle). RIAS Berlin erfasst Antisemitismus im Internet nur dann als einen Vorfall, wenn die Nachricht oder der Kommentar konkret an eine Person oder Institution in Berlin adressiert ist.

Fälle von verletzendem Verhalten



Die 187 Vorfälle verletzenden Verhaltens, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten, trafen die Betroffenen oft unerwartet in Situationen des Alltags: auf der Straße, im Restaurant, im Stadion, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Taxi oder in Bus und Bahn, an der Universität, in Konzerten oder im Kino, im Wohnumfeld oder beim Arzt, in öffentlichen Gebäuden und Grünanlagen. 42 der Vorfälle von Angesicht zu Angesicht fanden in Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Universitäten statt.

Auf der Straße und im öffentlichen Nahverkehr wurden Passant_innen direkt antisemitisch beschimpft oder Personen riefen antisemitische Parolen in der Öffentlichkeit. Ein Mann wurde von einer Frau als „dreckiges Schwein, du Judensau“ angepöbelt. In einzelnen Fällen wurden Jüdinnen_Juden und Israelis auch bestimmte Dienstleistungen wie Fahr- und Lieferdienste verweigert, oder sie wurden vom Personal mit antisemitischen Aussagen konfrontiert.

Antisemitische Schmierereien in verschiedenen Bezirken der Stadt zeichneten sich häufig durch gewaltvolle Sprache oder terrorverherrlichende Symbolik aus. Dokumentiert wurden u.a. Slogans wie „Tod für Israel“, „Kill all Zionists“, „Jude in die Gaskammer“, „Juden töten“. „I (Herz) Hamas“ (plus durchgestrichener Davidstern), „Nie wieder Israel“ und „Nie wieder Zionismus“ (jeweils mit roten Dreiecken versehen) und „Eat Shit Kike“. Es kam zudem zu zahlreichen Gleichsetzungen von Jüdinnen_Juden mit den Nationalsozialisten, zum Beispiel indem Davidsterne mit integriertem Hakenkreuz gezeichnet wurden. All diese Schmierereien normalisieren aufgrund ihrer Häufung und Wiederholung antisemitische Stereotype und verbreiten mitunter terrorverherrlichende Propaganda.

Beschädigungen richteten sich oft gegen jüdische Symbole auf Plakaten, Schildern und Aufklebern. Zum Beispiel wurden Davidsterne oder die Worte „jüdisch“, „Juden“ oder „Israelisch“ ausgekratzt, ausgerissen oder auf andere Weise unkenntlich gemacht. Durch solche Beschädigungen wird versucht, Jüdinnen und Juden unsichtbar zu machen und sie auf symbolischer Ebene aus dem gesellschaftlichen Leben zu entfernen.



▲ Friedrichshain-Kreuzberg, 25. Oktober: Schmiererei „Jude in die Gaskammer“ auf einem Mülleimer.



▲ Friedrichshain-Kreuzberg, 7. Oktober: Davidstern auf einem Plakat beschädigt.



▲ Friedrichshain-Kreuzberg, 27. Juli: Antisemitischer Schriftzug auf Straßenschild. „Kike“ ist eine abwertende Bezeichnung für Jüdinnen/Juden aus dem anglo-amerikanischen Raum.



▲ Neukölln, 12. Oktober: Antisemitische Schmiererei mit Brandflecken an Hauswand.

Betroffene

2024 waren in 361 antisemitischen Vorfällen 529 Einzelpersonen betroffen (2023: 347 Vorfälle, 480 Einzelpersonen). Von einem Vorfall sind oft mehrere Personen betroffen.

Vorfälle gegen Institutionen sind 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 166 % angestiegen (2024: 1243; 2023: 467). In 1015 Vorfällen (81,7 %) waren jüdische oder israelische Institutionen betroffen (2023: 391). 82 Vorfälle richteten sich gegen nichtjüdische zivilgesellschaftliche Organisationen und 86 gegen Gedenkinitiativen.

2024 wurde außerdem die Betroffenenengruppe der als politische Gegner_innen Adressierten relevant. Dies betrifft in 24 Vorfällen Institutionen sowie in 23 Vorfällen insgesamt 43 Einzelpersonen.

In 252 Vorfällen waren 372 jüdische oder israelische Einzelpersonen betroffen. Das sind im Durchschnitt knapp 5 Vorfälle pro Woche, die sich direkt gegen eine oder mehrere jüdische oder israelische Personen gerichtet haben. Mehr als 70 % der Vorfälle (180; 71,7 %), die sich gegen Jüdinnen_Juden oder Israelis richteten, ereigneten sich offline an verschiedenen Orten in der Stadt, 140 davon von Angesicht zu Angesicht. 72 Vorfälle ereigneten sich online, darunter waren 13 Bedrohungen.

Besonders alarmierend sind die 45 Vorfälle gegen jüdische oder israelische Kinder und Jugendliche, die 2024 dokumentiert wurden. Jüdische und israelische Kinder und Jugendliche wurden in der Schule, in der Kita, auf der Straße oder auf dem Sportplatz angespuckt, beleidigt, bedroht, körperlich angegriffen oder ihre Sachen wurden beschädigt. Bei Vorfällen in den Schulen ist von einer besonders belastenden Wirkung auszugehen. Da in der Schule Anwesenheitspflicht gilt, gibt es für die Betroffenen wenig Möglichkeiten, den Anfeindungen auszuweichen. Über einige Vorfälle in der Schule ist zudem bekannt geworden, dass sich antisemitische Anfeindungen gegen die Kinder und Jugendlichen wiederholt über Wochen oder Monate hinweg ereigneten. In der Dokumentation wird folglich nur ein kleiner Ausschnitt der Vorkommnisse sichtbar. Die antisemitischen Vorfälle gegen Kinder und Jugendliche gingen in den meisten Fällen von anderen Kindern und Jugendlichen aus, z. B. von Mitschüler_innen, aber auch von unbekannten Kindern und Jugendlichen, die den Betroffenen zufällig auf der Straße begegneten.

Bei den Vorfällen gegen jüdische und israelische Institutionen wurde 2024 ein starker Anstieg verzeichnet. Im Jahr 2023 hatten sich 391 der dokumentierten Vorfälle gegen jüdische oder israelische Institutionen gerichtet, 2024 waren es 1015 Vorfälle. Die Vorfälle gegen jüdische und israelische Organisationen

ereigneten sich vor allem Online (1001 Vorfälle). Dabei handelte es sich um 453 antisemitische E-Mails sowie 544 antisemitische Kommentare auf Social-Media-Plattformen, die gezielt adressiert waren. 59,3 % der Vorfälle gegen jüdische und israelische Institutionen wiesen einen Bezug zum 7. Oktober 2023 sowie zum Krieg zwischen Israel und der Hamas auf.

Es gibt zahlreiche E-Mails, in denen die Autor_innen gegenüber jüdischen oder israelischen Institutionen explizit von „Hass“ auf Juden schrieben, manchmal sogar mehrfach oder regelmäßig. In 214 E-Mails wurden Jüdinnen_Juden abfällig beschimpft, mit Tieren gleichgesetzt, als „schmutzig“ oder „dreckig“ bezeichnet oder z. B. auch als „Monster“ dämonisiert. In 129 E-Mails wurden Jüdinnen_Juden kollektiv für tatsächliche oder vermeintliche Handlungen des israelischen Staates haftbar gemacht. In 125 E-Mails wurden Jüdinnen_Juden oder Israelis mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt oder gar als „schlimmer als die Nazis“ bezeichnet.

In den 544 antisemitischen Kommentaren oder Nachrichten über Social-Media-Plattformen gegen jüdische oder israelische Institutionen sticht heraus, dass „Zionismus“ in vielen Fällen als Feindbild fungiert (132 Vorfälle). Das Delegitimieren und Abwerten der jüdischen Nationalbewegung ging mitunter einher mit dem Absprechen einer ethnischen, kulturellen oder nationalen Zugehörigkeit von Jüdinnen_Juden. In einem Kommentar an eine jüdische Organisation hieß es z. B.: „FREE Palestine from the Zionist Regime. All Jews back to Germany.“ Auch andere Varianten solcher Infragestellung jüdischer Zugehörigkeit fanden sich in Social Media-Kommentaren. In einem Post unter einem Kommentar einer jüdischen Organisation hieß es u. a.: „Juden Hört auf zu jammern. [...] seit dem krieg in Palestina bin ich Antisemit. [...] Verschwindet aus naosten damit frieden kommt. [...] Geht nach Amerika oder sonst wohin [Fehler im Original].“ In mehreren Kommentaren an jüdische Organisationen wiederum hieß es, dass das Judentum bzw. dass Jüdinnen_Juden nicht nach Deutschland gehören, sondern dass sie nach Israel gehen sollten. Diese Infragestellung jüdischer Zugehörigkeit und jüdischer Identitäten war ein konstitutives Element in der Entstehung des modernen Antisemitismus, das sich auch im aktuellen Vorfallgeschehen zeigt.

In 91 Vorfällen auf Social Media fanden sich NS-Vergleiche gegen jüdische und israelische Organisationen. Diese enthalten oft eine Schuldabwehr und können mitunter eine Entlastungsfunktion haben. „Juden waren niemals Opfer, immer Täter!!! Wer hat denn Palästina besetzt und benimmt sich in Gaza wie die Wehrmacht im Warschauer Ghetto?“, hieß es in einer Antwort auf einen Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation. In diesem Kommentar wurde die Schoa bagatellisiert und eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen, indem die Kriegshandlungen der israelischen Regierung in Gaza mit der NS-Vernichtungspolitik gleichgesetzt wurden. Zugleich wurde in dieser falschen Analogie Jüdinnen_Juden abgesprochen, überhaupt Opfer gewesen zu sein.

Zu berücksichtigen ist bei den Vorfällen auf Social-Media-Plattformen, dass ihre umfassende Dokumentation kaum von den betroffenen Institutionen und Personen zu leisten ist, da auf einen einzelnen Social-Media-Beitrag viele hundert antisemitische Kommentare folgen können.

2024 stieg außerdem die Zahl der als politische Gegner_innen adressierten Personen oder Institutionen an (2024: 47 Vorfälle; 2023: 9 Vorfälle; 2022: 0 Vorfälle). Vorfälle, in denen Institutionen oder Einzelpersonen als politische Gegner_innen adressiert wurden (47 Vorfälle), wiesen zu knapp 90 % Elemente des israelbezogenen Antisemitismus auf. 66 % der Vorfälle haben einen direkten Bezug zum 7. Oktober 2023 oder zu den Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas. Bei den Betroffenen handelte es sich meist um Einrichtungen oder Personen, die sich sichtbar gegen Antisemitismus positioniert oder Solidarität mit den israelischen Opfern des 7. Oktober 2023 ausgedrückt hatten. In 20 Fällen wurden diese in abwertender Weise als „Zionisten/Zios“ markiert. Hier zeigt sich, dass antisemitische Feindmarkierungen in politischen Auseinandersetzungen relevanter geworden sind.



- ▲ Charlottenburg-Wilmersdorf, 27. November: Antisemitische Schmiererei vor den Räumlichkeiten einer Studierendenvertretung.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Mit 71,3 % (1797 Vorfälle) dominierte die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus unter den antisemitischen Vorfällen in 2024 in Berlin. Dabei handelt es sich um Fälle, in denen traditionelle antisemitische Stereotype auf Israel übertragen werden oder in denen Israel das Existenzrecht abgesprochen oder der Staat Israel dämonisiert wird. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil noch gestiegen (2023: 61,9 %).

51,7 % der dokumentierten Vorfälle wiesen Elemente des antisemitischen Otherings auf (1304). Darunter sind z. B. Fälle, in denen das Wort „Jude“ in einer abfälligen Weise verwendet wird; Personen wurden z. B. als „Drecksjude“ beschimpft. Zum antisemitischen Othering gehören auch Fälle, in denen Jüdinnen_Juden kollektiv für tatsächliche oder vermeintliche Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.

Der Anteil des Post-Schoa-Antisemitismus ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr mit 32 % leicht zurückgegangen, wenngleich die Anzahl der Vorfälle von 431 Vorfälle in 2023 auf 806 Vorfälle in 2024 gestiegen ist.

Dem modernen Antisemitismus wurden 15,7 % der dokumentierten Vorfälle (395) zugeordnet. Im Jahr 2023 waren es 11,4 %. Wie bereits im Vorjahr spielen hier Verschwörungsmymen, die sich um die Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 entwickelt haben, eine entscheidende Rolle, ebenso wie die hohe Zahl von verschwörungsideologischen Massenzuschriften (77). Die Vorstellung, dass Jüdinnen_Juden eine besondere politische (geheime) Macht haben, z. B. die Presse oder die Regierungen bestimmter Nationen kontrollieren würden, ist in vielen Fällen präsent.

Auch der Anteil des antijudaistischen Antisemitismus ist mit 12,9 % gestiegen (324 Vorfälle; 2023: 7,2 %; 91 Vorfälle).

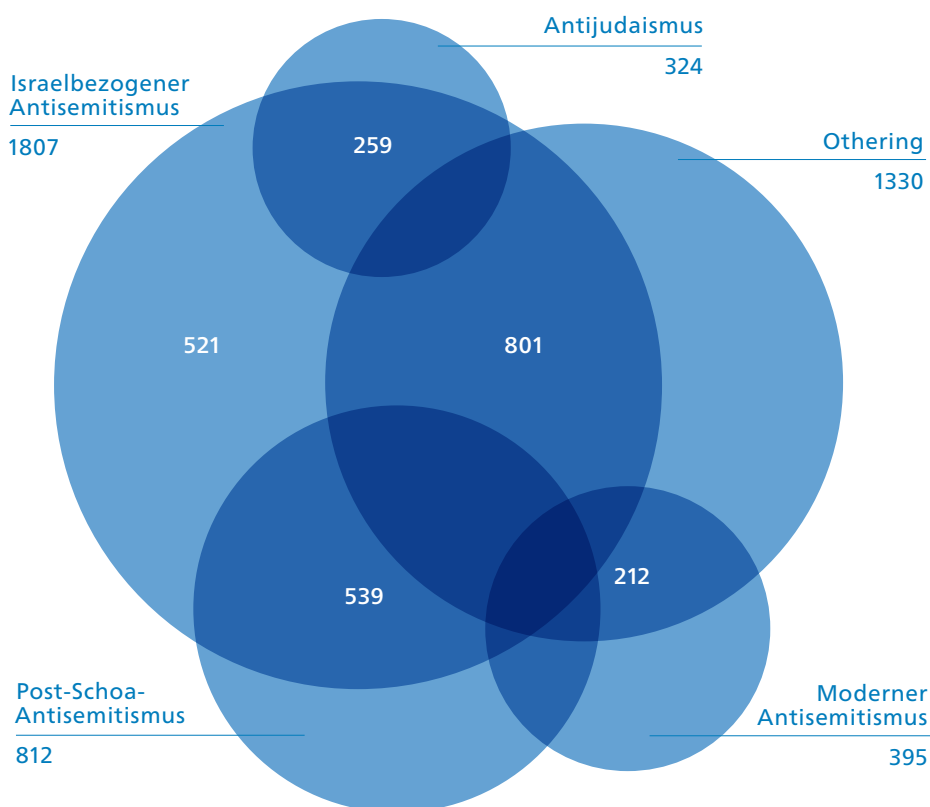
Elemente aller Erscheinungsformen des Antisemitismus verschränkt mit israelbezogenem Antisemitismus

Je nach ihrer inhaltlichen Ausprägung ordnet RIAS Berlin die in Vorfällen getätigten verbalen oder non-verbalen Äußerungen einer von fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu. Viele Vorfälle lassen sich dabei zwei oder mehr Erscheinungsformen zuordnen, entweder weil bei einem Vorfall unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden, oder weil eine Äußerung die Kriterien für verschiedene Erscheinungsformen erfüllt. Daher ist die Zahl der Zuordnungen zu den Erscheinungsformen höher als die Zahl der Vorfälle.

Die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus tritt in den meisten Fällen in Kombination mit anderen Erscheinungsformen auf. Mehr als zwei Drittel der Vorfälle, die Elemente des israelbezogenen Antisemitismus aufwiesen, zeigten Überschneidungen mit anderen Erscheinungsformen (1286 Vorfälle; 71%). Einerseits wurden traditionelle Stereotype des Antisemitismus auf Israel übertragen, andererseits wurden mit Israel assoziierte Begriffe wie „Zionist/Zionismus“ zum abstrakten Feindbild stilisiert und mit verschiedenen Zuschreibungen belegt, die traditionell Jüdinnen_Juden zugeschrieben werden. Diese Konstruktion eines Feindbildes ging oft mit Forderungen nach Ausgrenzung, in manchen Fällen sogar mit Vernichtungsfantasien einher.

Überschneidung der Erscheinungsformen mit israelbezogenen Antisemitismus

Die Zahlen innerhalb der Kreise stellen die Überschneidung der jeweiligen Erscheinungsform mit israelbezogenem Antisemitismus dar



Lichtenberg, 4. Juli: ▶
Antisemitischer und terrorverherrlichender Aufkleber.

Mitte, 19. Juli: ▼ Aufkleber mit der Aufschrift „Search & Destroy Zionists“.



▼ **Neukölln, 3. Mai:**
Schmiererei im Hausflur eines Wohnprojekts.



Eine Kombination aus israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering wurde in 801 Vorfällen festgestellt. Entmenslichung ist eine Variante, in der israelbezogener Antisemitismus und Othering ineinandergreifen. Wiederholt wurden Jüdinnen_Juden oder Israelis sowie Personen, die als israelsolidarisch wahrgenommen wurden, explizit ihr „Menschsein“ abgesprochen. So erhielt z. B. eine jüdische Organisation auf einen Post auf einer Social-Media-Plattform folgenden Kommentar: „Solche Monster wie sie und all die Juden, welche diese Barbarei unterstützen, sind keine Menschen, es sind menschliche Bastarde, welche bald als möglich für ihre Solidarität für den Terrorstaat Israel zur Rechenschaft gezogen werden müssen, keine Sorge, diese Zeit wird kommen [Fehler im Original].“ Es gab auch mehrere Fälle von abwertenden Tiervergleichen, in denen z. B. mit Bezug auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas geäußert wurde, dass Juden schlimmer seien als Tiere. Auf einen Social-Media-Beitrag erhielt eine jüdische Organisation einen Kommentar, in dem sie im Kontext von dämonisierenden Anspielungen auf Israel u. a. als „Ratten“ bezeichnet wurden und vorhergesagt wurde, dass sie „[u]ntergehen“ würden. Auch wurden wahlweise Jüdinnen_Juden, Israelis oder „Zionisten“ in mehreren Fällen unter Bezugnahme auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas als „Schweine“ entmenslicht (23 Vorfälle).

In 60 Vorfällen, in denen israelbezogener Antisemitismus und Othering gemeinsam auftraten, gab es außerdem eine Verschränkung mit Sexismus. In vielen Fällen kam es zu Beschimpfungen, die sowohl misogyn als auch antisemitisch einzuordnen sind. Diese Beschimpfungen beinhalteten vereinzelt auch Androhungen sexueller Gewalt gegen Jüdinnen/Israelinnen sowie Personen, die als „Zionist_innen“ markiert wurden, oder auch die Legitimation solcher Gewalt unter Bezugnahme auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas; in einzelnen Fällen wurde die sexuelle Gewalt gegen israelische Zivilistinnen am 7. Oktober befürwortet.³

Israelbezogener Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus traten bei 539 dokumentierten Vorfällen gemeinsam auf. Bei knapp 80 % der Vorfälle handelte es sich um Gleichsetzungen des Staates Israels oder des Zionismus mit dem Nationalsozialismus oder auch um Gleichsetzungen der Situation in Gaza mit der Schoa. Gaza wurde z. B. „Konzentrationslager“ genannt oder mit dem Warschauer Ghetto gleichgesetzt, die Kriegssituation wurde als „Holocaust“ bezeichnet, das Wortspiel „Gaza Kammer“ spielte auf die Gaskammern als Instrument nationalsozialistischer Vernichtungspolitik an, was Israel in Gaza mache, sei genauso schlimm oder gar schlimmer als das, was Hitler mit den Juden gemacht habe. In diesen Vorfällen wurde die Schoa bagatellisiert und Israel dämonisiert. Auch das Motiv der Schuldabwehr spielte hier eine Rolle. So kommentierte ein_e User_in

3 Siehe zu der Thematik auch: Loy, Bianca: Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023, in: https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18__RIAS_Working-Paper-3.pdf (Zugriff am 11.4.2025).

unter einem Social-Media-Post einer jüdischen Organisation, in dem Israel thematisiert wird: „Ein Deutscher braucht sich nicht mehr für die Taten vor 80 Jahren verantwortlich fühlen. Schon garnicht, wenn der zu bemitleidende selbst einen Holocaust begeht“. Die Gleichsetzung des Vorgehens Israels mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik erlaubt, die Verantwortung für die Verbrechen des NS oder das eventuell bestehende schlechte Gewissen in eine Position der moralischen Überlegenheit zu wandeln und auf dieser Grundlage z. B. einen Schlussstrich zu fordern.

Neukölln, 27. Januar: ▶
Schmiererei, die Israel mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt.

Neukölln, 3. Mai: ▼
Schoa bagatellisierender Aufkleber.



Zudem wurde der Krieg Israels gegen die Hamas in mehreren Vorfällen zum Anlass genommen, die Schoa zu rechtfertigen. In einer E-Mail an eine jüdische Organisation heißt es z. B.: „Angesichts des Umgangs des Staates Israel mit der Zivilbevölkerung in Gaza, drängt sich ernsthaft die Frage auf, ob die Nazis vielleicht besser mehr Juden vergast hätten. So geht man nicht mit Menschen um; auch Juden nicht!“ Der_die Autor_in schreibt hier der israelischen Regierung menschenfeindliches Verhalten zu, überträgt dies kollektiv auf alle Jüdinnen_Juden und nutzt diese Begründung um einen antisemitischen Vernichtungswunsch auszudrücken. Auch in Social-Media-Kommentaren wurden ähnliche Äußerungen gegenüber jüdischen Organisationen oder Einzelpersonen getätigt.

An der Erscheinungsform des Antijudaismus zeigt sich besonders deutlich, wie der 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg zwischen Israel und der Hamas als Gelegenheitsstruktur wirkten, um antijudaistische Stereotype zu aktualisieren und zu normalisieren. Wurden 2022 lediglich 34 Vorfälle mit Elementen des Antijudaismus dokumentiert, waren es 2023 91 Vorfälle, von denen 33 vor und 58 nach dem 7. Oktober verzeichnet wurden. Mit 324 Vorfällen in 2024 hat sich diese Zahl im Vergleich zu 2022 fast verzehnfacht. 80 % der Vorfälle, die antijudaistische Elemente enthielten, wiesen auch einen Israel-Bezug auf (259 Vorfälle). Antijudaistische Motive wurden in diesen Fällen auf Israel übertragen. Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“, die 2024 in 148 Vorfällen dokumentiert wurde, rekurrierte auf die antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge Kinder umgebracht und ihr Blut im Brot für Pessach verarbeitet würde. Wortschöpfungen wie „Israhell“ oder „Satanyahu“ riefen die antijudaistische Assoziation der Juden mit dem Teufel auf, ebenso wie der Slogan „Zionists are indigenous to HELL“, der Zionisten als „Ausgeburt“ der Hölle buchstäblich dämonisierte. Sogar der antijudaistische Vorwurf des Gottesmordes wurde in einzelnen Fällen aufgegriffen und in einen Zusammenhang mit dem Vorgehen Israels in Gaza gestellt.

Die wenigsten Überschneidungen, aber dennoch 212 Vorfälle, finden sich im Verhältnis von israelbezogenem Antisemitismus zu modernem Antisemitismus. Mehr als die Hälfte dieser Vorfälle (112) assoziierten eine besondere Macht mit Israel: ein traditionelles Stereotyp des modernen Antisemitismus, das Jüdinnen_Juden in antisemitischen Verschwörungsmythen zugeschrieben wird. In anderen Fällen wurde in Äußerungen mit Bezug auf Israel das Stereotyp der Täuschung und Lüge aufgerufen – z. B. in der Behauptung, beim 7. Oktober habe es sich um einen „Inside Job“ gehandelt oder dass die Thematisierung der sexuellen Gewalt durch die Hamas gegen israelische Zivilist_innen „zionistische Propaganda“ sei. Auch mit Geld und finanzieller Macht wurden Israel oder die „Zionisten“ assoziiert; auch das ist eine klassische Zuschreibung des modernen Antisemitismus.

Bezirke und Tatorte

1294 antisemitische Vorfälle konnten einem Bezirk zugeordnet werden, die meisten davon dem Innenstadtbereich. Mitte ist der Bezirk mit den meisten Vorfällen (371), gefolgt von Friedrichshain-Kreuzberg (255) und Neukölln (224). Besonders stark gestiegen ist die Vorfallzahl in Tempelhof-Schöneberg (von 35 im Vorjahr auf 102 im Jahr 2024). Als Tatorte stachen 2024 durch einen deutlichen Anstieg oder durch die besondere Qualität der Vorfälle Bildungseinrichtungen, Gedenkort, Kunst- und Kultureinrichtungen, Gewerbe und Gastronomie hervor.

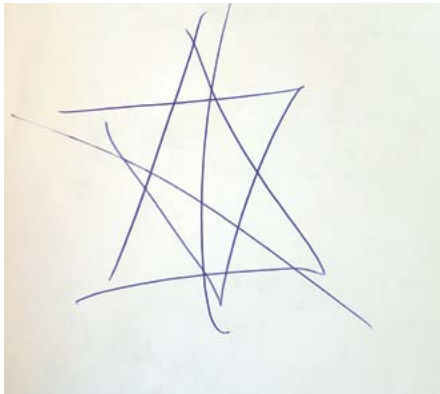
Antisemitismus in den Berliner Bezirken

Von den 1294 antisemitischen Vorfällen, die einem Bezirk zugeordnet werden konnten, betrafen die meisten den Innenstadtbereich. Wie in den Vorjahren war Mitte mit 371 der Bezirk mit den meisten Vorfällen; hier gab es fast eine Verdopplung zum Vorjahr 2023 (189 Vorfälle). Vorfälle von Angesicht zu Angesicht (67) ereigneten sich hier besonders häufig, darunter die zwei Fälle extremer Gewalt sowie 9 Angriffe. Eine zentrale Rolle spielte in Mitte das Versammlungsge-schehen: 98 der 208 Versammlungen, auf denen antisemitische Vorkommnisse dokumentiert wurden, fanden in Mitte statt. Zudem wurden 83 Schmierereien, 73 Aufkleber und 14 Plakate mit antisemitischen Inhalten dokumentiert. In Mitte konzentrieren sich zudem Gedenkort sowie Kunst- und Kultureinrichtungen, an denen es ebenfalls zu einer gestiegenen Zahl antisemitischer Vorfälle kam (s. u.).

Die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (255 Vorfälle) und Neukölln (224 Vorfälle) zeichneten sich durch seit dem 7. Oktober besonders drastisch gestiegene Vorfal-lzahlen aus. Es sind die beiden Bezirke mit den meisten dokumentierten antisemi-tischen Schmierereien (126 in Friedrichshain-Kreuzberg; 103 in Neukölln); sie sind hier im Stadtbild besonders präsent. Unter diesen Schmierereien finden sich innerhalb von Wohnhäusern und an Fassaden gemalte Kritzeleien, mit Sprühscha-blonen in verschiedenen Straßen gesprühte Graffiti, aber auch großflächig angebrachte Schriftzüge. Häufig wurden diese großen Schriftzüge an viel frequen-tierten und gut sichtbaren Stellen angebracht, zunehmend auch in öffentlichen Grünanlagen. Am 14. September wurden im Körnerpark in Neukölln mehrere antisemitische Schriftzüge entdeckt, u. a. „Fuck Israhell“, „Israel is terrorist“ sowie unweit davon terrorverherrlichende Parolen wie „Globalize the Intifada“ und „Glory to the resistance“, einige waren mit einem roten Dreieck versehen.

2024 ereigneten sich 89 Vorfälle an Gedenkort. Es handelte sich um 54 gezielte Sachbeschädigungen, um 34 Fälle verletzenden Verhaltens sowie um 1 Bedrohung. So beugte sich im Juli ein Mann über einen Stolperstein in der Boxhagener Straße, um dessen Inschrift zu lesen. Eine vorbeigehende Frau drohte ihm: „Pass mal auf, dass du da nicht bald dabei bist.“

- ▼ **Steglitz-Zehlendorf, 14. Dezember:** Durchgestrichener Davidstern im Gästebuch einer NS-Gedenkstätte.



- ▼ **Mitte, 28. August:** Das Denkmal zur Erinnerung an den „Frauenprotest 1943“ in der Rosenstraße wurde mit dem Schriftzug „Jews are committing genocide“ beschmiert. Vor das Denkmal wurden außerdem „Free Palestine“ und eine Palästinaflagge gesprüht.

- ▲ **Mitte, 12. November:** Blumen und Kerzen, die anlässlich des Gedenkens an den 9. November am Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke aufgestellt waren, wurden zerstört.



Sowohl in Friedrichshain-Kreuzberg als auch in Neukölln ereigneten sich jeweils acht Angriffe, fast genauso viele wie im Bezirk Mitte. Am 7. November wurde etwa in Neukölln die Jugendfußballmannschaft eines jüdischen Sportvereins nach einem Spiel von einer Gruppe von Jugendlichen antisemitisch beleidigt und angegriffen. Als die jüdischen Spieler die Kabine verließen, wurden sie mit „Free Palestine“ angeschrien, als „scheiß Juden“ beleidigt und u.a. mit einem Messer bedroht. Schon während des Spiels wurden sie mehrfach antisemitisch beleidigt, ein Spieler wurde angespuckt.

Tempelhof-Schöneberg ist ein weiterer Bezirk, in dem antisemitische Vorfälle besonders sprunghaft angestiegen sind: Mit 102 antisemitischen Vorfällen im Jahr 2024 verdreifachte sich die Anzahl fast gegenüber dem Vorjahr. Elf Vorfälle ereigneten sich im Wohnumfeld von Betroffenen. In einem Fall kam es zu einem Angriff durch einen Nachbarn. Ein Betroffener berichtete, dass sein Briefkasten seit dem 7. Oktober 2023 mehrfach angespuckt wurde. Andere entdeckten antisemitische Schmierereien an ihrer Hauswand. Zurückzuführen ist der Anstieg der Vorfallaufzahl in Tempelhof-Schöneberg nicht zuletzt auf die 24 in dem Bezirk abgehaltenen Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorfällen kam. Im Jahr zuvor gab es hier nur drei Versammlungen. Insbesondere am Wittenbergplatz fanden vermehrt Versammlungen statt, auf denen antisemitische Inhalte verbreitet wurden.

Der einzige Innenstadt-Bezirk, der 2024 keine mit den anderen Bezirken vergleichbare Steigerung im Vorfallesgeschehen aufwies, war der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem 2024 82 Vorfälle dokumentiert wurden (2023: 97 Vorfälle). In diesem Bezirk spielte z.B. das Versammlungsgeschehen eine geringere Rolle, insgesamt wurden 15 Versammlungen verzeichnet.

Orte antisemitischer Vorkommnisse

Die meisten antisemitischen Vorfälle wurden wie in den Vorjahren auf der Straße (700) und im öffentlichen Personennahverkehr (138) verzeichnet. Einen deutlichen Anstieg von Vorfällen dokumentierte RIAS Berlin 2024 in Bildungseinrichtungen (104 Vorfälle), an Gedenkortern (89 Vorfälle), in öffentlichen Grünanlagen (55), im Kunst- und Kulturbereich (54) und auch in der Gastronomie. Einige dieser Tatorte werden im Folgenden genauer beleuchtet.

Schulen

44 Vorfälle an Schulen wurden RIAS Berlin für das Jahr 2024 bekannt, wobei von einem großen Dunkelfeld auszugehen ist.⁴ Beim Großteil (36) handelte es sich um Vorfälle von Angesicht zu Angesicht, bei denen jüdische oder israelische Kinder und Jugendliche antisemitisch beleidigt oder angefeindet wurden, meistens von ihren Mitschüler_innen. Dabei wurden jüdische und israelische Schüler_innen z.B. abfällig beschimpft und ihnen gesagt, dass sie an der Schule bzw. hier in Deutschland nicht erwünscht seien. Auch wurden jüdische oder israelische Kinder und bisweilen auch ihre Eltern als (Kinder-)Mörder bezeichnet. In anderen Fällen wurden sie von Mitschüler_innen mit NS-Vergleichen und -Symbolen konfrontiert. In Äußerungen gegenüber Mitschüler_innen oder Lehrkräften sowie in Schmierereien an Schulgebäuden wurde die Vernichtung Israels gewünscht.

RIAS Berlin verzeichnete 9 Angriffe in Schulen. 7 dieser Angriffe betrafen Kinder, die von Mitschüler_innen bespuckt, geschubst oder geschlagen wurden, sie ereigneten sich an Grund- und Oberschulen. Auch 4 Bedrohungen sowie 4 Fälle, bei denen die Schulsachen oder sichtbare jüdische bzw. israelische Zeichen an der Schule beschädigt wurden, sind dem Projekt bekannt geworden. Betroffene berichteten zu einigen Vorfällen, dass das Schulpersonal nicht adäquat reagiert und sie mit der Situation dann allein gelassen hatte, z.B. wenn Lehrkräfte oder Schulleitungen die Vorfälle ignorierten, nichts unternahmen oder angaben, nichts tun zu können.

Hochschulen

Die Berliner Hochschulen standen wegen des sprunghaften Anstiegs antisemitischer Vorkommnisse seit dem 7. Oktober 2023 besonders im Fokus der öffentlichen Debatten über Antisemitismus. 2023 wurden 29 Vorfälle an Hochschulen dokumentiert, von denen sich 25 nach dem 7. Oktober ereigneten, 2024 stieg diese Zahl auf 51 Vorfälle. Zum Vergleich: In den Jahren 2021 und 2022 wurden jeweils nur ein bzw. zwei Vorfälle bekannt. Besondere Aufmerksamkeit erregten israelfeindliche Versammlungen auf dem Hochschulgelände, häufig in Form von Protest-Camps und (versuchten) Instituts- und Hörsaalbesetzungen, bei denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten. 13 solcher Versammlungen hat RIAS Berlin 2024 dokumentiert. Alle sind dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus oder dem linken/antiimperialistischen Spektrum zuzuordnen, die an Berliner Hochschulen seit dem 7. Oktober gezielt mobilisierten. (Versuchte) Besetzungen von Hochschulgebäuden waren durch eine Vielzahl von Schmierereien begleitet, darunter auch antisemitische Parolen, zudem gab es mitunter erhebliche Sachbeschädigungen. In einem Fall wurden auch Mitarbeiter_innen der Hochschulen bedroht und verletzt.

4 Siehe dazu: Brost, Simon; Rasumny, Alexander: Meldepflicht antisemitischer Vorfälle an Schulen. Eine kurze Einschätzung zu Grenzen und Chancen, in: <https://www.anders-denken.info/orientieren/meldepflicht-antisemitischer-vorf%C3%A4lle-schulen-%E2%80%93-eine-kurze-einsch%C3%A4tzung-zu-grenzen-und> (Zugriff am 1.4.2025).



▲ Friedrichshain-Kreuzberg, 28. September:
Schmiererei, die Israel mit dem Nationalsozialismus
gleichsetzt.

Der Antisemitismus an Hochschulen artikuliert sich durch verschiedene Vorfallarten. 21 der 51 dokumentierten Vorfälle ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht, darunter 3 Angriffe und 3 Bedrohungen. Im universitären Ausbildungsalltag, also abseits von Versammlungen, wurden jüdische oder israelische Studierende, mitunter wiederholt, antisemitisch beschimpft oder mit antisemitischen Kommentaren konfrontiert. Das kann eine stark verunsichernde Wirkung auf Betroffene haben und zu einem Gefühl sozialer Isolation führen. Nach wie vor berichten einzelne jüdische oder israelische Studierende, dass sie, um dem zu entgehen, universitäre Räume und den Kontakt zu Kommiliton_innen weitgehend meiden.

Verschiedene Vorfalltypen an den Hochschulen – israelfeindliche Versammlungen, persönliche Anfeindungen oder antisemitische Schmierereien – greifen ineinander und verstärken sich in ihrer Wirkung. So belasten auch die Schmierereien, Aufkleber und Plakate mit antisemitischen Inhalten an den Hochschulen (RIAS Berlin wurden 15 solcher Fälle bekannt) das Sicherheitsempfinden jüdischer und israelischer Studierender. Am 5. Juni wurde an der Wand eines Gebäudes der

Technischen Universität eine Schmiererei entdeckt, die aus einer Zeichnung eines Hauses mit Schornsteinen bestand, aus denen Rauch drang. In eine Rauchwolke war eine israelische Fahne und darunter der Schriftzug „6 Millionen sind nicht genug“ gemalt worden. In anderen Schmierereien wurden Israel als „Israhell“ dämonisiert oder Zionisten wurden als Feinde markiert.

Die meisten antisemitischen Vorfälle an Hochschulen ereigneten sich in Steglitz-Zehlendorf (19), gefolgt von Mitte (12) und Charlottenburg-Wilmersdorf (11).

Kunst- und Kultureinrichtungen

RIAS Berlin hat 54 Vorfälle im Kontext von Kunst- und Kultureinrichtungen oder Kulturveranstaltungen registriert. Dies umfasst so verschiedene Vorfälle, wie antisemitische Diskriminierung von jüdischen oder israelischen Künstler_innen oder die Beschädigung ihrer Werke; Vorfälle gegen jüdische oder israelische Kultureinrichtungen; antisemitische Äußerungen, die z. B. auf der Bühne von Kultureinrichtungen getätigt werden; Störungen von Kulturveranstaltungen durch antisemitische Äußerungen aus dem Publikum.

Gleich zwei Mal wurde 2024 das Schild mit dem Namen einer jüdischen Kunstgalerie in Tempelhof-Schöneberg abgerissen. Es wurden Kunstwerke von jüdischen oder israelischen Künstler_innen oder Kunstwerke mit einem thematischen Bezug zu Antisemitismus oder Israel beschädigt oder beschmiert, so z. B. das Mauerbild „Vaterland“ von Günther Schäfer an der East Side Gallery in Friedrichshain.

Auf Kulturveranstaltungen kam es mehrfach zu antisemitischen Äußerungen oder Parolen. So stimmte auf zwei Konzerten in Friedrichshain und Kreuzberg ein Teil des Publikums den Sprechchor „From the river to the sea, Palestine will be free“ an, in einem Fall tat dies auch der auftretende Künstler selbst. Am 27. März ereignete sich in Charlottenburg eine antisemitische Protestaktion nach der Vorführung des Films „Zone of Interest“, der die Zeit von Rudolf Höß als Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz behandelt. Während der Abspann lief, standen in den hinteren Reihen des Kinosaals zwei Personen auf, blendeten die Zuschauer_innen mit ihren Handykameras und riefen u. a. „Stoppt den Genozid in Gaza“, „Macht nicht dieselben Fehler“, „Ihr seid doch auch nicht besser“, „Massenmörder“. 12 Vorfälle an Kunst- und Kultureinrichtungen wurden dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet.

Gewerbe und Gastronomie

In Gewerbe und Gastronomie wurden für das Jahr 2024 insgesamt 63 antisemitische Vorfälle bekannt. Die Anzahl blieb im Bereich Gewerbe auf dem gleichen Wert wie im Vorjahr (31), in der Gastronomie hat sie sich hingegen fast verdoppelt (32).

In gewerblichen Räumen kam es zu einem Angriff und zu zwei Bedrohungen. Am 22. April wurde in Friedrichshain-Kreuzberg eine jüdische Rentnerin, die eine Kette mit Davidstern-Anhänger und eine Handtasche mit israelsolidarischen Aufklebern bei sich trug, in einem Laden sexistisch beleidigt. Nachdem sie den Laden verlassen hatte, folgten ihr zwei Männer, stellten sich mit Drohgebärden vor sie und riefen „Fuck Israel!“ und „Fuck you, du scheiß Jude!“. Als sie davonlief und meinte, sie würde die Polizei rufen, riefen ihr die Männer noch einmal „Fuck Israel!“ und „Fuck Juden!“ hinterher.

An und in Geschäften wurden antisemitische Schmierereien und Aufkleber angebracht, zudem wurden drei Fälle gezielter Sachbeschädigung bekannt, bei denen jüdische Symbole zerstört oder unkenntlich gemacht werden sollten. In einzelnen Fällen vertrieben Läden oder Stände Produkte mit antisemitischen Inhalten. Bisweilen wurden israelfeindliche Protestaktionen auch in Kaufhäuser, Einkaufszentren oder eine Kaffeecke hineingetragen, indem dort antisemitische Inhalte verbreitet wurden, z. B. die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“.

Bei den Vorfällen in der Gastronomie fällt nicht nur der deutliche Anstieg von antisemitischen Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr auf. Acht Angriffe fanden in oder vor einem Café, Schnellimbiss, Restaurant, einer Kneipe, Billard-Bar oder Eisdielen statt. Sie richteten sich gegen Personen, die z. B. jüdische oder israelische Symbole an ihrer Kleidung trugen oder Hebräisch sprachen, und gingen meist von ihnen unbekannten Personen aus, die sich ebenfalls im Lokal aufhielten oder dort vorbeiliefen.

Zu einem Vorfall kam es am 28. August in Neukölln. Ein Auto, in dem eine kleine Palästinaflagge hing, blieb mit laufendem Motor auf der Höhe eines Restaurants von israelischen Betreiber_innen stehen. In dem Auto saßen zwei Männer, die das Restaurant bzw. die davorsitzenden Personen beobachteten. Nach einiger Zeit fuhr das Auto plötzlich an, beschleunigte stark, und aus dem Auto wurde laut auf Arabisch „Juden“ gerufen.

2024 wurden mehrere antisemitische Stencil-Graffiti in verschiedenen Bezirken entdeckt. Das gleiche Bild wurde in solchen Fällen mit einer Schablone mitunter mehrmals in einer Straße oder in mehreren angrenzenden Straßen gesprüht. Solche Aktionen müssen vorbereitet werden, sie zeigen also das zielgerichtete Vorgehen beim Verbreiten antisemitischer Botschaften.



- ▲ Neukölln, 10. August
- ◀ Treptow-Köpenick, 10. August
- ▼ Neukölln, 8. Dezember





- Neukölln, 8. August ▲
- Neukölln, 10. August ►
- Schöneberg, 16. Mai ▼



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Das Spektrum, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten, ist wie im letzten Jahr der antiisraelische Aktivismus (398 Vorfälle; 15,8 %). Aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum wurden 108 Vorfälle (4,3 %) und aus dem verschwörungsideologischen Spektrum 100 (4 %) dokumentiert (größtenteils Online-Vorfälle). Die Anzahl der dem linken/antiimperialistischen Spektrum zugeordneten Vorfälle liegt bei 79 Vorfällen (3,1 %). Dem islamisch/islamistischen Spektrum wurden 28 Vorfälle (1,1 %), der politischen Mitte 27 Vorfälle (1,1 %) und dem christlich/christlich-fundamentalistischen Spektrum 17 Vorfälle (0,7 %) zugeordnet.

Beim Großteil der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2024 (1764 Vorfälle; 70 %) ließ sich der politisch-weltanschauliche Hintergrund nicht eindeutig bestimmen.

Die meisten zuordenbaren Vorfälle aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus

Das politisch-weltanschauliche Spektrum, dem die meisten Vorfälle (398) zugeordnet werden konnten, war 2024 wie im Jahr zuvor das des antiisraelischen Aktivismus. Er betraf 15,8 % aller Vorfälle, prozentual ein nahezu identischer Wert wie im Vorjahr, in absoluten Zahlen jedoch doppelt so viele. Eine wesentliche Rolle spielten hierfür die Mobilisierungen aus diesem Spektrum zu Versammlungen in Berlin: 175 Versammlungen, auf denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten, wurden 2024 diesem Spektrum zugeordnet. RIAS Berlin ordnet Versammlungen und Vorfälle diesem Spektrum zu, wenn die israelfeindliche Haltung der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt.

Unter den Vorfällen, die diesem Spektrum zugeordnet werden konnten, sind zwölf Angriffe und fünf Bedrohungen. Alle diese Angriffe ereigneten sich im Kontext von Versammlungen und richteten sich gegen Teilnehmer_innen von Gegenkundgebungen sowie Journalist_innen, aber auch gegen zufällig vor Ort befindliche jüdische oder israelische Personen. Am 12. Juli griffen z. B. Teilnehmer einer angemeldeten israelfeindlichen Versammlung in Form eines Autokorsos zwei in Berlin lebende jüdische Amerikaner_innen an, die an der Straße vor einem Eiscafé saßen. Als sich der Mann und die Frau, die auf dem Weg zu einem Schabbat-Dinner Halt gemacht hatten, signalisierten, dass sie nicht von den vorbeifahrenden Teilnehmenden des Kurses gefilmt werden wollten, ging ein Mann aus der Versammlung auf sie los und brüllte ihnen „Free Palestine, fuck you!“ ins Gesicht. Es kamen schließlich zehn bis fünfzehn weitere Männer aus der

Versammlung dazu. Nachdem einer von ihnen eine Davidsternkette an der Frau entdeckt hatte, spuckte er sie an, ihr Freund wurde von mehreren Angreifern geschlagen, schließlich wurde auch sein Kopf gegen den Boden geschlagen.

Seit dem Terrorangriff und den Massakern vom 7. Oktober 2023 war eine kontinuierliche Mobilisierung aus dem Spektrum antiisraelische Aktivismus zu beobachten, die auch im Laufe des Jahres 2024 anhielt. Insbesondere an den Berliner Hochschulen und im Kulturbereich kam es zu Wortergreifungen durch Gruppen und Aktivist_innen aus dem Spektrum. Schon in den Monaten vor dem 7. Oktober 2023 war der antiisraelische Aktivismus das Spektrum, dem die meisten zuordenbaren Vorfälle zugewiesen worden waren. Der 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas sind also nicht der alleinige Ausgangspunkt dieser Entwicklung.

In allen Jahren zuvor war es stets das rechtsextreme/rechtspopulistische Spektrum gewesen, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten. Dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum konnten 2024 108 Vorfälle zugeordnet werden, das sind mehr als im Jahr zuvor, anteilig jedoch weniger (4,3 %). Dass dem Spektrum im Vergleich zu früheren Jahren prozentual weniger Vorfälle zugeordnet werden konnten, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Antisemitismus unverändert integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie ist.

Die Schwierigkeit der Zuordnung des politischen Hintergrunds

Dem Großteil der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2024 ließ sich kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zuordnen. Das bedeutet nicht, dass es bei diesen Fällen keinen bestimmten politisch-weltanschaulichen Hintergrund gab, sondern nur, dass eine eindeutige Bestimmung auf Basis der RIAS Berlin vorliegenden Informationen nicht möglich war. In den letzten Jahren ist der Anteil der Vorfälle, bei denen keine eindeutige Bestimmung des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds möglich war, von ca. 50 % im Jahr 2021 auf knapp 70 % im Jahr 2024 gestiegen. Das liegt in erster Linie daran, dass antisemitische Erscheinungsformen, Symboliken und Äußerungen zunehmend spektren- und milieuübergreifend auftreten oder keine Informationen über den jeweiligen Hintergrund der Täter_innen bekannt wurden.

Insbesondere Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen, die meist von Unbekannten gegenüber jüdischen oder jüdisch adressierten Personen ausgingen, konnte häufig kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden. Bei 212 von 264 Vorfällen von Angesicht zu Angesicht war dies der Fall.

Bei über 90 % der dokumentierten Schmierereien konnte ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund nicht eindeutig zugeordnet werden. Die

Verantwortlichen waren in diesen Fällen selten zu identifizieren, und bestimmte Parolen wurden spektrenübergreifend verwendet. So könnte „From the River to the Sea, Palestine will be free“ u. a. von Aktivist_innen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, aus dem linken-antiimperialistischen Spektrum oder aus dem islamisch-islamistischen Spektrum geschmiert werden, aber auch von einer Person, die sich keinem politischen Spektrum zugehörig fühlt. Beispielhaft zeigt sich dies auch an der Parole „Terrorstaat Israel“, die an Wände geschmiert, auf Aufklebern der neonazistischen Kleinstpartei III. Weg, in Social-Media-Kommentaren und E-Mails gegenüber jüdischen oder israelischen Organisationen sowie in Slogans und Redebeiträgen auf israelfeindlichen Versammlungen dokumentiert wurde. Daher lässt sich eine entsprechende Schmiererei, z. B. an einer Häuserwand, ohne weiteren Kontext nicht eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordnen.

Weit verbreitet sind ebenfalls quer durch alle politischen Spektren die (meist auf Israel bezogenen) NS-Vergleiche, die in 19,4 % der Vorfälle verzeichnet wurden und somit durchschnittlich etwa jeden fünften Vorfall betreffen. 68 der Vorfälle wurden dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet, 28 dem verschwörungsideologischen, 23 dem rechtsextremen/rechtspopulistischen, 13 dem linken/antiimperialistischen, 16 dem Spektrum der politischen Mitte, 4 dem islamisch/islamistischen Milieu und 3 dem christlichen/christlichen Fundamentalismus. In 334 Fällen lagen jedoch keine ausreichenden Informationen vor, um die Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zuzuordnen. Es handelte sich z. B. um Aufkleber oder Schmierereien, in denen der Davidstern auf einer Israelflagge oder der Buchstabe S im Wort Israel durch ein Hakenkreuz ersetzt wurde oder um Äußerungen in Zuschriften an jüdische oder israelische Organisationen, um Kommentare oder Bilder, die über Social Media direkt an Berliner Personen oder Institutionen adressiert waren, in denen das militärische Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Hamas mit der NS-Vernichtungspolitik gleichgesetzt wurde oder Jüdinnen_Juden als Nazis bezeichnet wurden.

Bestimmte antisemitische Inhalte sind aber durchaus innerhalb bestimmter politischer Milieus relevanter als in anderen. So konnte das Feindbild „Zionist“/„Zionismus“ in 150 Fällen dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden und in weiteren 30 Fällen dem linken/antiimperialistischen Spektrum. Es findet sich jedoch mit deutlich niedrigeren Vorfällezahlen auch im verschwörungsideologischen, im rechtsextrem/rechtspopulistischen, im islamisch/islamistischen Spektrum, in der politischen Mitte sowie im christlich/christlichen Fundamentalismus. Entsprechend wird ein solcher Slogan, sofern keine weiteren Informationen oder Kontexte vorliegen, als politisch unbekannt eingeordnet; das war 2024 bei 246 Vorfällen der Fall.



- ▲ **Mitte, 13. November:**
Schmiererei, die Jüdinnen_Juden mit Nazis gleichsetzt.
- ▶ **Mitte, 7. Oktober:**
Antisemitische Schmiererei auf einem Brückenpfeiler.

Berliner Perspektiven

In unserer Reihe „Berliner Perspektiven“ schildern Jüdinnen und Juden ihr Empfinden und ihre Wahrnehmungen des Antisemitismus in der Stadt nach dem 7. Oktober 2023. Wir haben sie zudem gefragt, was es aus ihrer Sicht gerade braucht und was sie sich (von Politik, Zivilgesellschaft, Kolleg_innen, Freund_innen, etc.) zukünftig wünschen.

Die Beiträge wurden zwischen Dezember 2024 und April 2025 auf der Instagram-Seite von RIAS Berlin veröffentlicht.

Hanna Veiler

Jüdischsein in Berlin bedeutet, sich seit einem Jahr mit der ständigen Bedrohungslage auseinandersetzen zu müssen. Es bedeutet, sich am Campus, am Arbeitsplatz und in der U-Bahn unsicher zu fühlen.

Nichtsdestotrotz ist es unglaublich, was jüdische Studierende im vergangenen Jahr geschafft haben, wie viel sie bewegt haben und wie viele Aufgaben sie übernommen haben, die eigentlich nicht ihre gewesen wären.

Viele von uns sind seit einem Jahr wahre Kämpfer geworden.

Ich wünsche mir, dass Politik und Gesellschaft aufhören, Antisemitismus so zu behandeln, als wäre dieser bloß eine „andere Meinung“, die „gehört werden müsste“.

Antisemitismus ist keine Meinung, sondern eine gefährliche Weltanschauung, die mit allen Mitteln bekämpft werden muss.

Außerdem wünsche ich mir, dass all die Studierenden, die die sogenannte schweigende Mehrheit bilden, sich solidarisieren und ihren Campus zurückfordern.



Copyright Foto: Donya Joshani

Hanna Veiler ist jüdische Aktivistin, Publizistin und politische Bildnerin. Sie studierte in Tübingen, Paris und Costa Rica Kunstgeschichte, Religion, Kultur und Friedensforschung. Seit 2023 ist sie Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland und Vize-Präsidentin der European Union of Jewish Students. 2024 wird sie von der Europäischen Bewegung Deutschland als „Frau Europas“ ausgezeichnet

Erica Zingher

Es ist manchmal schwer zu begreifen, wie es so weit kommen konnte. Dass du dich als Mensch an alles gewöhnst, ja auch an Gewalt, an Angst, an eine Flut von Parolen an Häuserwänden, die Terror feiern.

Du entwickelst Strategien, um damit umzugehen. Heißt: Handy verspiegeln, damit niemand in der Bahn mitlesen kann; jüdische Symbole oder Schmuck unter dem T-Shirt tragen; dich wegducken; unsichtbar werden.

Vor einem Jahr hat sich ein Abgrund aufgetan, den ich nicht mehr für möglich gehalten habe. Ich dachte, das Wort Pogrom im selben Atemzug wie Juden zu nennen, werde sich immer auf Vergangenes beziehen.

Der 7. Oktober 2023 war eine tiefe Erschütterung. Die Folgen, die das Massaker auch außerhalb Israels nach sich gezogen hat hingegen, überraschen mich nicht. Israelfeindliche Gruppen und Judenhass gab es auch schon zuvor. Auch deshalb konnten Gruppen in Berlin in kürzester Zeit zu ihren israelfeindlichen Protesten mobilisieren. Der Hass auf Juden ist ein Wahn, ein psychotischer Ausdruck, eine Erlösungsfantasie. Gefährlich ist, dass dieser Wahn in vielen Kreisen nicht mehr als solcher erkannt und problematisiert wird. Stattdessen wird dieser Antisemitismus identitätsstiftend. Mich besorgt, dass dieser Hass immer öfter in Gewalt umschlägt. Angriffe auf Politiker, auf Clubs, auf Kneipen.

Als Journalistin, die sich mit dem Terror des 7. Oktober, mit Antisemitismus und Israel beschäftigt, stelle ich mir unweigerlich die Frage: kann ich noch sicher sein? Ich habe keine eindeutige Antwort für die Zukunft: Solidarität hilft, auch wenn sie meist nur symbolisch ist. Dass Gewalt strafrechtlich verfolgt wird, dass Opfer dieser Gewalt in ihrem zugefügten Leid Anerkennung erfahren, halte ich für unabdingbar. Es liegt auch in der Verantwortung der Institutionen – ob Hochschulen, Kunst- oder Kultureinrichtungen – sich mit dem zunehmenden Autoritarismus auseinanderzusetzen. Und Dialog nur mit denjenigen zu führen, die Gewalt ablehnen. Antisemitismus, so viel ist klar, lässt sich nicht mit Gesprächen einhegen.



Copyright Foto: Stephan Cleef

Erica Zingher ist Journalistin, Autorin, Podcasterin und Moderatorin. Sie beschäftigt sich mit Antisemitismus, jüdischem Leben, Osteuropa und Israel. Ihre Kolumne „Grauzone“ erscheint alle zwei Wochen in der taz. Für den Verein democ beobachtet sie antidemokratische Bewegungen.

Ruben Gerczikow

Im vergangenen Jahr haben wir den kollektiven Ausnahmezustand einer verunsicherten Minderheit erlebt. Vor allem in Berlin waren die emotionalen und psychologischen Auswirkungen des Terrors vom 7. Oktober deutlich zu spüren. Neben den alltäglichen Herausforderungen besteht vermehrt die Angst innerhalb jüdischer Communities, Opfer von antisemitischen Anfeindungen zu werden.

Jeder veröffentlichte Vorfall stärkt das Gefühl der Unsicherheit und das Gefühl, gesamtgesellschaftlich isoliert zu sein. Terroranschläge und Anschlagversuche, wie in München, verstärken diese Gefühle noch einmal.

Neben der Bedrohung durch den Antisemitismus selbst, bindet der Umgang mit ihm viele Ressourcen. Es ist ein alltäglicher Überlebenskampf.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik war als Gegenentwurf zur nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur gedacht, in welcher der Antisemitismus das Kernelement der Ideologie war. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich nach dem Ende der Shoa im Jahr 1945 als demokratisches Gegenstück zur nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur verstanden.

Obwohl der Antisemitismus nie verschwunden war und innerhalb der Gesellschaft, der Kultur, der Politik oder den Medien verankert war, war immer wieder zu hören: „Antisemitismus hat hier keinen Platz“.

Die letzten zwölf Monate haben diese Aussage abermals als Lüge gestraft. Antisemitisches Gedankengut findet sich nicht nur an den vermeintlich extremistischen Rändern, sondern eben auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Diesen Zustand gilt es anzuerkennen und zu akzeptieren, um diesen Platz so klein wie möglich zu halten.



Ruben Gerczikow ist Autor und hat Publizistik und Kommunikationswissenschaften studiert. Er recherchiert zu antisemitischen Strukturen im analogen und digitalen Raum. Er hat in der Vergangenheit bereits für Medien wie den Spiegel, die FAZ, den Tagesspiegel und viele weitere Medien geschrieben. Seine Veröffentlichungen behandeln die Themenfelder Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus und jüdische Gegenwart.

Copyright Foto: Robert Poticha

Anastassia Pletoukhina

Seit Jahren, maßgeblich durch die Arbeit von RIAS, verändert sich die Erfassung antisemitischer Vorfälle und Straftaten. Die Statistiken werden nun genauer geführt, was einerseits zu einem realistischeren Bild beiträgt. Gleichzeitig steigt jedoch auch die tatsächliche Zahl der Delikte. Nach dem 7. Oktober haben sich insbesondere junge Menschen radikalisiert und gehen auf die Straßen. Gleichzeitig wird pro-israelischer Content auf Meta-Plattformen stark eingeschränkt.

Partnerschaften mit verschiedenen Gruppen, mit denen Jüdinnen und Juden in Deutschland über Jahre hinweg gemeinsam gegen rechten Rassismus und Antisemitismus gekämpft haben, brechen weg. Ein nicht enden wollendes Gefühl von Einsamkeit und Isolation macht sich breit.

Diese Entwicklung ist äußerst beunruhigend und gibt Anlass zu großer Sorge – besonders mit Blick auf die Zukunft, sowohl die persönliche als auch die unserer Kinder.

Die Bilder des Massakers vom 7. Oktober und die auf Berliner Kundgebungen geäußerten Mordfantasien gegen Jüdinnen und Juden führen dazu, dass viele von uns sich fragen, wie sicher unsere Wohnungen sind und ob wir uns im Ernstfall verstecken könnten. Paranoid? Vielleicht. Aber nicht ohne Grund.

Gerade in Berlin ist es besonders schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren und strategisch zu denken. Doch wir dürfen uns von der Angst nicht lähmen lassen.

Solange unsere demokratischen Institutionen intakt sind, sind wir nicht machtlos.

In dieser Zeit dürfen wir uns weder vom allgegenwärtigen Populismus blenden noch durch ihn spalten lassen.

Es sind nicht nur Jugendliche oder marginalisierte Gruppen, die sich radikalisieren – breite Teile der Gesellschaft suchen in diesen krisenbehafteten Zeiten nach einfachen Antworten. Die Diskussionsräume werden enger, verkürzter, rauer und abwertender.

Ich wünsche mir von uns allen eine Veränderung der Diskussions- und Streitkultur. Vor allem aber hoffe ich, dass wir uns als Gesellschaft bewusst für die Demokratie entscheiden – in all ihrer Komplexität, aber auch mit all ihren Chancen für eine gemeinsame Zukunft.



Dr. Anastassia Pletoukhina bezeichnet sich als jüdische Aktivistin und modern orthodoxe Feministin. Die Sozialwissenschaftlerin und ELES-Vorsitzende arbeitet u. a. als Direktorin des Nevatim Programms der Jewish Agency for Israel in Berlin. Pletoukhina ist Überlebende des Anschlags auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019.

Pasha Lyubarsky

Ich finde es unerträglich, dass der Nahostkonflikt, wie kein anderer Konflikt auf der Welt, auf Berliner Straßen ausgetragen wird.

Mich erschüttert die Gewaltbereitschaft der sogenannten pro-palästinensischen Demonstranten und die reale Gewalt gegenüber Juden, oft als Zionisten bezeichnet, um eine scheinbare Rechtfertigung für Angriffe zu schaffen.

Der Antisemitismus hat sich schon immer gewandelt: Juden wurden verfolgt, weil sie arm waren; weil sie reich waren; weil sie staatenlos waren. Und heute, weil sie einen eigenen jüdischen Staat haben. Gegenwärtig zeigt sich der Antisemitismus insbesondere als Hass gegen Israel, als Verweigerung seines Existenzrechts, als Antizionismus.

Besonders erschüttert mich, dass die Menschen die realen Gefahren und die Gewalt ignorieren. Alles wird angezweifelt – wie die Ermordung und Vergewaltigung von 1200 Israelis durch die Hamas. Alles wird infrage gestellt, auch das Recht auf Selbstverteidigung. Die Fakten werden verleugnet und durch Lügen und Verschwörungstheorien ersetzt.

Wir haben zu wenig Ressourcen, um die Desinformation in den sozialen Medien zu bekämpfen. Die Menschen beziehen aus TikTok-Videos ihre Informationen statt sich zu bilden, werfen mit Schlagworten wie Kolonialismus, Besatzung und Genozid um sich, als wären sie reduzierte Waren aus einem 1 €-Shop.

Am meisten Angst machen mir nicht die Extremisten von links und rechts, sondern die schweigende und gleichgültige Mitte der Gesellschaft.

Antisemitismus und die Stellung der Juden waren immer eine Art Lackmustest für die Gesellschaft. Es mag mit Juden beginnen, aber es endet nie mit Juden.

Die Politik leistet bereits sehr gute Arbeit bei Sicherheit und Schutz des jüdischen Lebens. Ich wünsche mir jedoch mehr Engagement für jüdische Projekte, jüdische Gemeinden und jüdische Institutionen.

Auch wünsche ich mir mehr Menschen bei pro-israelischen Demonstrationen und mehr, die sich aktiv gegen das Narrativ des „Feindbildes Israel“ einsetzen.

Letztendlich wünsche ich mir ein friedliches Miteinander, bei dem niemand – weder Muslim, Christ noch Jude – Angst haben muss, wenn er durch die Straßen Berlins läuft.



Copyright Foto: Max Mordinson

Pasha Lyubarsky, geboren in der UdSSR, aufgewachsen in Dnipro in der Ukraine, lebt seit 20 Jahren in Deutschland und seit fast 10 Jahren in Berlin. Ab März 2023 Vorstandsvorsitzender der Kahal Adass Jisroel-Gemeinde in Berlin-Mitte. Verheiratet, drei Kinder, hauptberuflich R&D Ingenieur im Bereich Grüner Wasserstoff Industrie.

Rachel Spicker

Ich bin nach Berlin gekommen, weil hier diverses jüdisches Leben erfahrbar ist.

Mittlerweile fühlt es sich immer weniger wie mein Zuhause an.

Ich bewege mich anders in der Stadt, es ist im Alltag nicht mehr möglich, einfach nur jüdisch zu sein.

Ich werde zur Projektionsfläche, meine Positionierung benutzt, ich werde viktimisiert und zugleich zum Teil eines Täterkollektivs gemacht. Häufig werde ich als nichts anderes mehr wahrgenommen. Es wird sich an mir als Jüdin „abgearbeitet“. Manchmal fühle ich mich dadurch weniger als Mensch. Aber genau das ist es, was Antisemitismus macht: Er entmenslicht uns.

Gleichzeitig beobachte ich, wie es immer schwieriger wird, in Bündnissen zu arbeiten. Das liegt daran, dass Antisemitismus, sexualisierte Gewalt und Islamismus nicht ernst genommen werden und verschiedene Betroffenengruppen, insbesondere von Politik und Medien, gegeneinander ausgespielt werden, um politische Macht und Deutungshoheit zu behalten.

Ich habe zunehmend Sorge, dass Jüdinnen*Juden nicht erkennen (wollen), wenn sie instrumentalisiert werden, um rassistische oder antisemitische Narrative zu verbreiten.

Wer Antisemitismus mit Rassismus bekämpft oder nur den Antisemitismus „von rechts“ thematisiert, dem ist nicht zu trauen.

Die jüdische Tradition lehrt uns, Streitbar zu sein, miteinander zu diskutieren und Positionen auszuhandeln, in unseren Communities und darüber hinaus. Gleichzeitig sind wir dazu angehalten, die Welt zu einem gerechteren Ort für alle zu machen.

Hoffnung macht mir, dass viele Jüdinnen*Juden sich genau dafür einsetzen und unglaublich beeindruckende Arbeit leisten, aller Gewalt, Isolation und Angst zum Trotz.

Wir brauchen eine Politik und Zivilgesellschaft, die Demokratie nachhaltig verteidigt, konstruktive Streiträume schafft und Gruppen nicht gegeneinander ausspielt.



Rachel Spicker ist Sozialwissenschaftlerin, Systemische Beraterin, Prozessbegleiterin und Autorin. Seit fünf Jahren unterstützt sie Überlebende des Anschlags von Halle und Wiedersdorf an Yom Kippur 5780, 9. Oktober 2019. Sie ist Mitglied der Soligruppe 9. Oktober, engagiert sich bei der Synagoge Fraenkelufer sowie bei Hillel Deutschland und ist Mitorganisatorin des Festival of Resilience. Sie setzt bildungspolitische und künstlerische Projekte zum Thema Gedenken und Erinnern um und arbeitet für die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt.

Die Statistik auf einen Blick

Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken



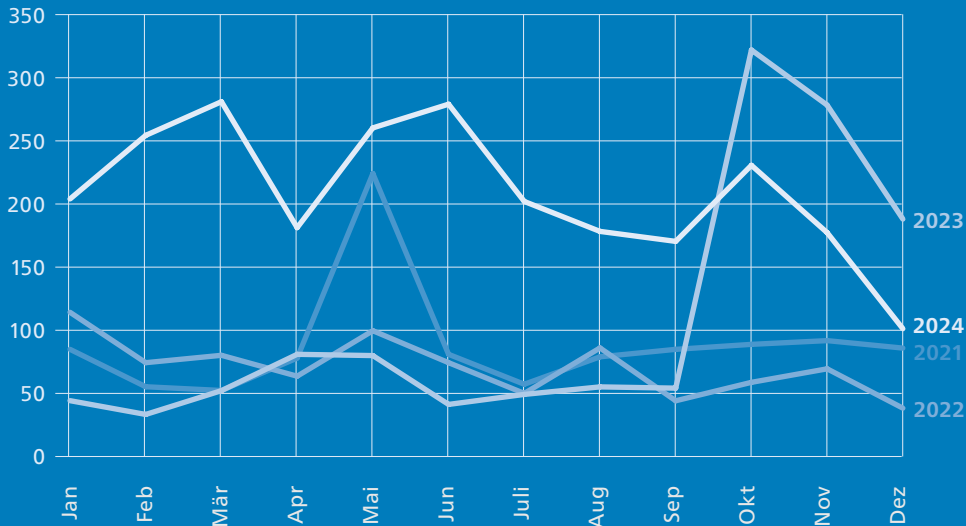
nach Berliner Bezirken

Jahr	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018
Mitte	371	189	111	149	155	141	146
Neukölln	224	118	29	65	30	45	56
Charlottenburg-Wilmersdorf	82	97	45	51	70	77	80
Friedrichshain-Kreuzberg	255	126	27	51	51	48	66
Pankow	68	45	54	47	40	40	35
Lichtenberg	24	21	15	36	11	18	8
Tempelhof-Schöneberg	102	35	17	33	25	22	30
Treptow-Köpenick	46	22	18	23	25	15	31
Steglitz-Zehlendorf	78	29	11	16	15	17	25
Marzahn-Hellersdorf	8	18	17	12	10	6	10
Reinickendorf	17	10	2	9	6	8	6
Spandau	19	9	12	6	11	9	10
Keine Angabe/Unbekannt	62	26	8	10	5	4	3

nach Vorfalltypen

Jahr	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018
Extreme Gewalt	2	2	1	2	0	0	0
Angriffe	53	34	21	22	17	33	46
Gezielte Sachbeschädigungen	99	52	31	43	43	38	43
Bedrohungen	46	49	24	28	54	59	46
Verletzendes Verhalten	2212	1121	751	895	779	653	833
Massenzuschriften	109	12	20	62	126	103	117
Gesamt	2521	1270	848	1052	1019	886	1085

nach Monaten



Jahr	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Januar	204	43	115	84	94	72	78	68
Februar	255	32	74	54	64	82	91	88
März	282	51	80	51	56	69	56	77
April	181	80	63	77	65	80	106	98
Mai	261	79	100	225	88	73	163	100
Juni	280	40	74	80	75	79	85	84
Juli	202	48	49	56	98	66	136	70
August	178	54	86	78	118	90	121	67
September	170	53	43	84	92	65	84	73
Oktober	231	323	58	88	95	99	58	44
November	177	279	69	91	95	59	75	61
Dezember	100	188	37	85	64	47	32	112

Betroffene Institutionen und Einzelpersonen

Jahr	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018
Institutionen	1243	467	468	545	515	391	579
Einzelpersonen	529	480	203	292	348	329	368

Betroffenengruppen

Jüdische/Israelische Institutionen	1015	
Jüdische/Israelische Einzelpersonen	372	
Gedenkstätte (Einzelpersonen und Institutionen)	87	
Zivilgesellschaft (Einzelpersonen und Institutionen)	83	
Unbekannte/Sonstige (Einzelpersonen und Institutionen)	80	
Adressiert als politische Gegner_innen (Einzelpersonen und Institutionen)	67	
Adressiert als jüdisch (Einzelpersonen und Institutionen)	37	
Polizei (Einzelpersonen und Institutionen)	7	
Presse (Einzelpersonen und Institutionen)	6	
Partei (Einzelpersonen und Institutionen)	4	

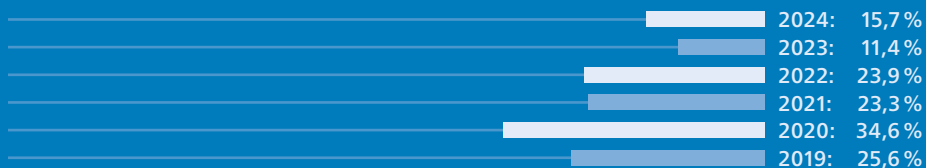
Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich

Antijudaistischer Antisemitismus



Moderner Antisemitismus



Israelbezogener Antisemitismus



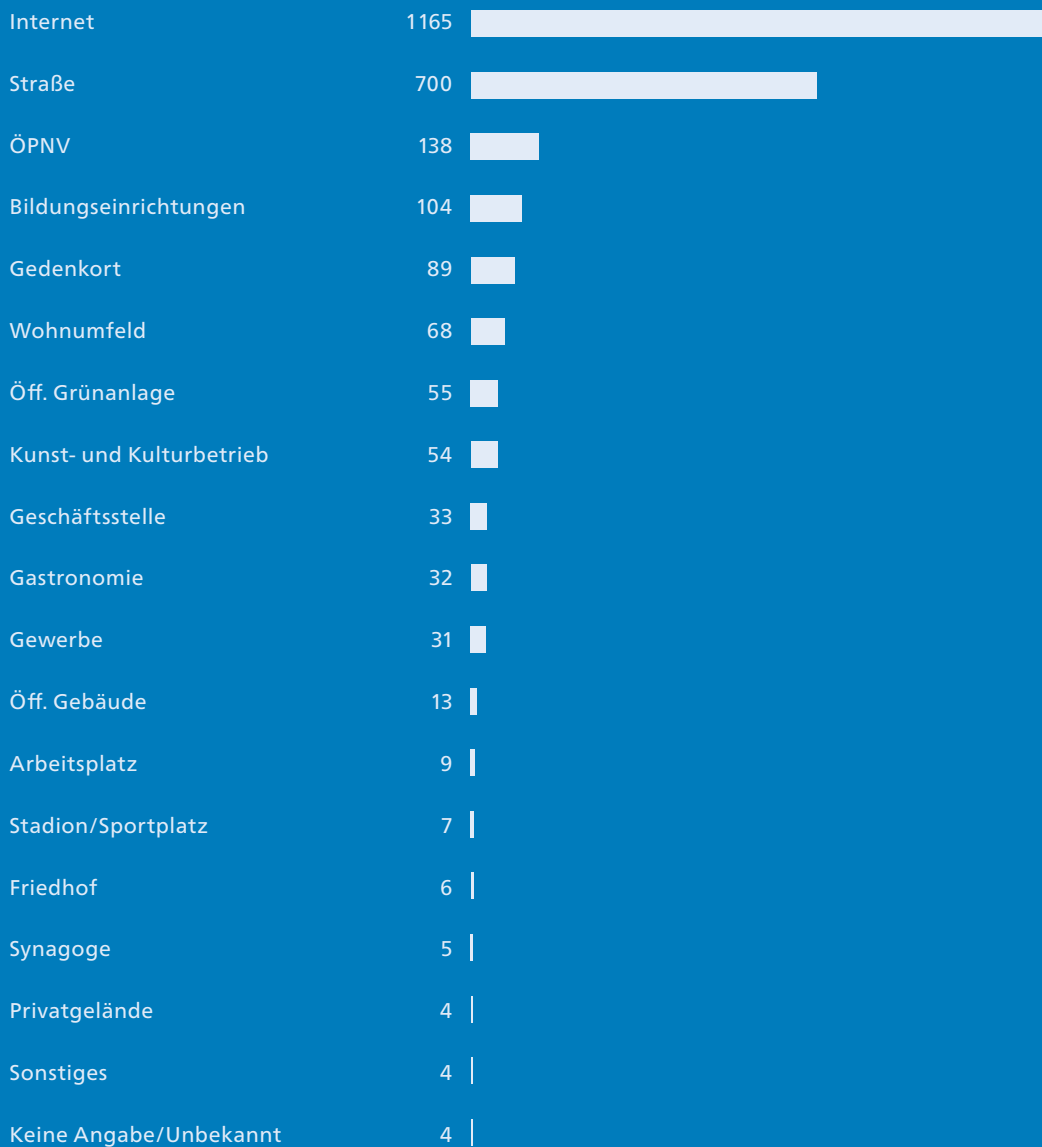
Antisemitisches Othering



Post-Schoa-Antisemitismus

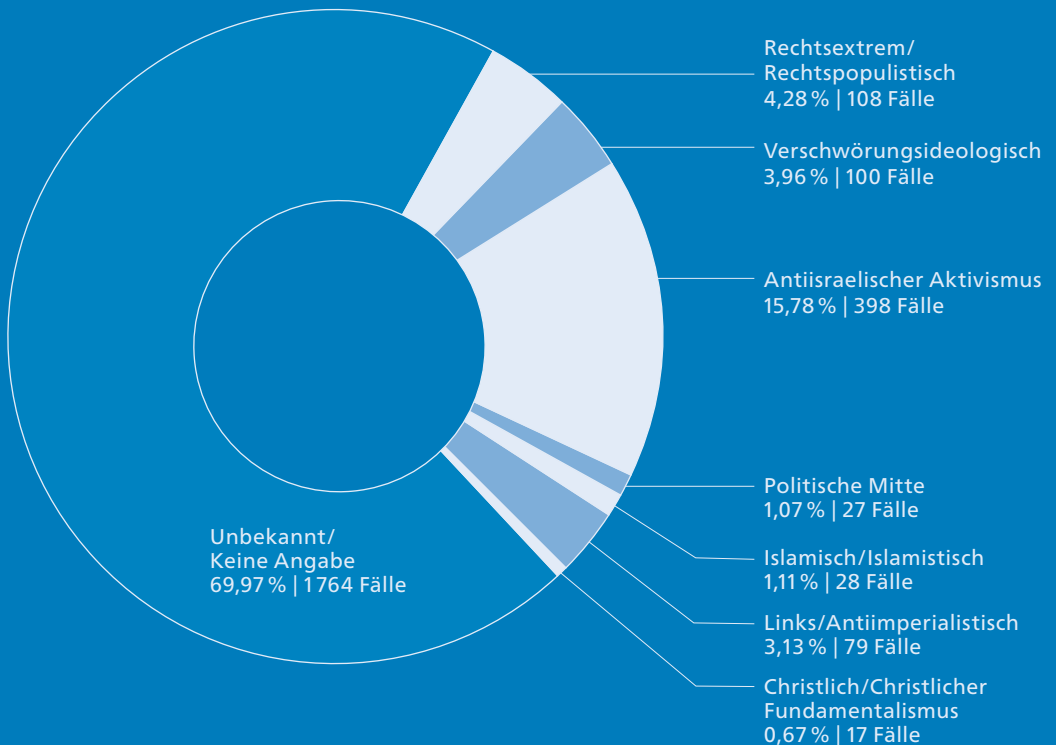


Antisemitische Vorfälle nach Tatorten



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet



Antisemitismus und Terrorverherrlichungen: Antisemitismus auf israelfeindlichen Versammlungen in Berlin 2024

RIAS Berlin registrierte 2024 bei insgesamt 208 Versammlungen antisemitische Artikulationen in Wort, Bild oder Schrift. Durchschnittlich dokumentierte RIAS Berlin 4 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen pro Woche. Das bedeutet nicht, dass antisemitische Inhalte die jeweilige Versammlung in jedem Fall dominierten. Gleichwohl boten diese Versammlungen eine öffentlichkeitswirksame Plattform für antisemitische Äußerungen. RIAS Berlin erfasst eine Versammlung als antisemitischen Vorfall, wenn in Redebeiträgen, auf Transparenten, Plakaten, Kleidungsstücken oder in gerufenen Parolen eine oder mehrere antisemitische Äußerungen dokumentiert wurden.

Der 7. Oktober und der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza dienten 2024 weiterhin als Anlass für eine breite und anhaltende Mobilisierung. Das Kriegsgeschehen weitete sich zudem noch zu militärischen Einsätzen Israels in Libanon, Syrien und Iran aus, was ebenfalls mit Mobilisierungen im Versammlungsgeschehen in Berlin einherging.

Bereits am 7. Oktober 2023 und in den Tagen danach war es zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Reaktionen auf den Straßen Berlins gekommen. Die Massaker der Hamas unter Beteiligung weiterer Terrorgruppen wie dem Islamischen Jihad in Palästina (PIJ), der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) wurden als „Widerstand“ bzw. „resistance“ legitimiert und glorifiziert. In den darauffolgenden Monaten bis zum Ende des Jahres 2023 dokumentierte RIAS Berlin 56 Versammlungen, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen kam. Nahezu alle (55) dieser Versammlungen fanden mit Bezug zum 7. Oktober und den sich anschließenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas statt.

Von den 208 im Jahr 2024 dokumentierten Versammlungen wiesen 177 einen Bezug zu den Massakern vom 7. Oktober 2023 und zum Krieg zwischen Israel und der Hamas auf. Während in der ersten Jahreshälfte die Zahlen der Teilnehmenden meist zwischen einigen hundert und einigen tausend Teilnehmenden variierten, waren es ab dem Spätsommer eher zwischen fünfzig und wenigen hundert Teilnehmenden, mit Ausnahme der Tage um den 7. Oktober 2024, als sich die Massaker der Hamas erstmals jährten und mehrere Versammlungen mit höheren Teilnehmendenzahlen verzeichnet wurden. Auf den Versammlungen demonstrierten häufig Akteur_innen verschiedener politisch-weltanschaulicher Spektren gemeinsam.

Auch die Versammlungs- und Veranstaltungsformate waren durchaus divers: Neben Laufdemonstrationen, Kundgebungen, Sit-Ins oder auch Spontanversammlungen im öffentlichen Raum (Hauptbahnhof/Einkaufszentren), handelte es sich vereinzelt um temporäre Protestcamps, so etwa auf dem Universitäts-campus der FU Berlin oder vor dem Bundestag im Frühjahr 2024. Auch kam es zu

(versuchten) Besetzungen von Universitätsgebäuden, wie etwa dem Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin am 23. Mai 2024. Bei weiteren Versammlungen handelte es sich um jährlich stattfindende Versammlungen wie die Demonstrationen am 1. Mai oder anlässlich des sogenannten Nakba-Tags, die das Kriegsgeschehen zwischen Israel und der Hamas und die Terrorangriffe vom 7. Oktober aufgriffen. Darüber hinaus gab es Versammlungen zu thematisch anderen Anlässen, die von Akteur_innen des Spektrums des antiisraelischen Aktivismus instrumentalisiert wurden, wie etwa die Versammlungen zum Gedenken an den rassistischen Anschlag von Hanau oder den „Frauenkampftag“ bzw. die „8. März“-Demonstration.

Zudem kam es zu gezielten Störungen von Veranstaltungen, z. B. wenn das Thema Antisemitismus eine Rolle spielte oder wenn prominente israelische Gäste auftraten. So wurde eine Lesung von Texten von Hannah Arendt im Hamburger Bahnhof im Februar von Aktivist_innen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus so gestört, dass die Veranstaltung abgebrochen werden musste. Während die Aktivist_innen vehement einforderten, dass ihre Stimme gehört werden müsse, wurde durch die gezielten Störungen und Einschüchterungen versucht, abweichende Stimmen nicht zu Wort kommen zu lassen oder zu übertönen.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der Versammlungen

175 der 208 dokumentierten Versammlungen in dem betrachteten Zeitraum konnte RIAS Berlin dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuordnen. Überdies wurden 20 der dokumentierten Versammlungen dem linken/antiimperialistischen Spektrum zugewiesen, 2 dem islamisch/islamistischen und 4 Versammlungen dem verschwörungsideologischen Spektrum. Für die Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus gilt, dass die beteiligten Personen und Gruppen oft zwar sehr heterogen sind, aber bei den Versammlungen die israelfeindliche Motivation gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt. So demonstrierten beispielsweise bei einer Kundgebung am 27. Mai 2024 auf dem Alexanderplatz linke/antiimperialistische Gruppen und Einzelpersonen gemeinsam mit Akteur_innen aus palästinensisch-nationalistischen und islamisch/islamistischen Milieus. In einer Rede sprach ein Akteur aus dem islamistischen Spektrum wiederholt vom „so genannten Israel“. Der Sprecher ist ein relevanter Akteur der Organisation „Generation Islam“, die laut Sicherheitsbehörden zum Umfeld der verbotenen „Hizb ut-Tahrir“ (HUT) gehört. Er legitimierte den Terror der Hamas durch eine religiöse Auslegung des Koran als „Notwehr“.

Auch neue Mobilisierungs- und Vernetzungsstrukturen bildeten sich heraus. Zu Versammlungen, die das Projekt dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuordnete, mobilisierten neben langjährigen aktiven politischen Gruppen und Zusammenhängen wie etwa „Palästina Spricht“ auch linke/antiimperialistische Gruppen. Neue Gruppen und Zusammenhänge entstanden, die insbesondere online unterschiedliche Milieus für israelfeindliche Versammlungen mobilisierten. Die Gruppe „PA Allies“, die seit Ende des Jahres 2023 als Gruppe in Erscheinung getreten ist, ist ein Beispiel dafür, wie versucht wird, Akteur_innen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum anzusprechen, insbesondere Personen aus queeren, antirassistischen und post-/dekolonialen Gruppen und Zusammenhängen. Indem Israel bzw. der Zionismus zur Projektion für einen globalen Befreiungskampf werden, kann an populäre linke, antirassistische und post-/dekoloniale Narrative angeknüpft werden.

Dass Akteur_innen aus verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren regelmäßig gemeinsam auf Versammlungen auftreten, zeigt, dass die geteilte israelfeindliche Haltung mitunter als verbindendes Element zwischen verschiedenen politischen Milieus wirken kann.

Erscheinungsformen antisemitischer Inhalte

Im Rahmen der Versammlungen trat die dominierende Erscheinungsform israelbezogener Antisemitismus (205 Vorfälle) in den meisten Fällen (60 %) gemeinsam mit anderen Erscheinungsformen wie Othering, Post-Schoa-Antisemitismus, moderner Antisemitismus oder Antijudaismus auf. Hier setzte sich eine Entwicklung fort, die das Projekt bereits für die Versammlungen seit dem 7. Oktober 2023 feststellte.

Post-Schoa-Antisemitismus wurde im Kontext von 64 Versammlungen gemeinsam mit israelbezogenem Antisemitismus dokumentiert. Bei einer Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 27. Mai 2024 trug ein Teilnehmer ein Schild mit der Aufschrift „Rafah Holocaust“. Dieses Bild war im Vorfeld bereits auf Social-Media-Plattformen geteilt worden, worin sich das Zusammenspiel zwischen Online- und Offline-Mobilisierung zeigt. Im Rahmen einer Versammlung am 24. Juli am Wittenbergplatz setzte ein Redner das Vorgehen Israels in Gaza mit der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gleich, indem er behauptete, in Gaza geschehe ein „Holocaust“. Am 8. September 2024 äußerte ein Redner im Rahmen eines israelfeindlichen Autokorsos: „In den 30er-Jahren hat hier in Berlin das gleiche stattgefunden, weil viele geschwiegen haben. Hat alles stattgefunden, was Missachtung der Menschenrechte angeht. In den 30er Jahren wurden hier Menschen abgeschlachtet, verbrannt und unterdrückt. Das erleben wir seit 106 Jahren, seit dieser Balfour, scheiß britische Kolonie, bei uns war. Unsere Großeltern konnte damals nichts dafür. Aber wir, unsere Generation, schweigt nie, wir

kämpfen immer weiter, weil Zionismus ist nicht nur für den Nahen Osten gefährlich, Zionismus verachtet die ganze Menschheit. Deshalb ist Zionismus hochkriminell und gefährlich.“ Auch hier findet eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus statt. Darüber hinaus wird der Zionismus dämonisiert und in einen Antagonismus zur gesamten Menschheit gebracht. Auf einer Versammlung am 7. Oktober 2024 wurde ein Plakat mit der Aufschrift „Zionism is a crime + the nazis wet dream“ gezeigt.



◀ **Charlottenburg-Wilmersdorf, 19. Oktober:** Schoa bagatellisierendes Plakat auf einer Versammlung.

▼ **Mitte, 31. Dezember:** Plakataufschrift auf Versammlung, die Elemente des Antijudaismus und des israelbezogenen Antisemitismus kombiniert.



Auf 76 Versammlungen wurden Vorfälle verzeichnet, bei denen traditionelle Symbole und Bilder des Antijudaismus verwendet wurden, um die israelische Politik zu diffamieren. Wortschöpfungen wie „Israhell“ riefen das antijudaistische Stereotyp der Assoziation von Jüdinnen_Juden mit dem Teufel auf, vereinzelt wurde auch der Mythos der jüdischen Brunnenvergifter aufgerufen. So behauptete ein Redner auf einer Kundgebung am 26. Juni 2024 auf dem Potsdamer Platz, die Israelis hätten in Gaza Brunnen vergiftet. Sie hätten „Sachen in die Brunnen eingesteckt, die nicht nur Krankheiten verursachen, sondern auch krebserregend“ seien. Auch die verbreitete Parole „Kindermörder Israel“ bezieht sich mitunter auf die im Mittelalter in Europa verbreitete antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge christliche Kinder von Juden umgebracht und ihr Blut für religiöse Rituale verarbeitet wurde.

RIAS Berlin dokumentierte außerdem bei 28 Versammlungen Vorfälle von modernem Antisemitismus. So bediente beispielsweise ein Redner bei einer Demonstration der Gruppe „Justice48“ am 1. Juni 2024 verschiedene Verschwörungserzählungen des modernen Antisemitismus, indem er von „dunklen“ und „bösen Mächten“ sprach, die angeblich „versuchen, zwischen uns Zwietracht zu säen, die versuchen, zwischen uns Gift zu schüren und Hass zu schüren“. Weiter sagte er: „Unser Feind ist eine krankhafte Idee, dessen Anhänger Fanatiker und geistesranke Mörder sind. Es geht darum, diese Ideologie zu bekämpfen, und sie nennt sich Zionismus.“ Er erhielt daraufhin Applaus und Jubel aus dem Publikum. Dann fuhr er fort: „Denn ganz gleich, ganz gleich wie mächtig sie sind, ganz gleich, wie viel Einfluss sie haben und ganz gleich, wie viel sie uns diffamieren, sie mögen die Lüge beherrschen, aber die Wahrheit ist hier mit uns auf der Straße.“ Hier wird das Stereotyp einer jüdischen Allmacht auf den Zionismus übertragen.

31 Versammlungen wiesen Vorfälle von antisemitischem Othering auf, darunter Fälle der Verherrlichung antisemitischer Gewalt. Das folgende Beispiel für antisemitisches Othering zeigt die Verschränkung mit israelbezogenem Antisemitismus. Am 27. Juli 2024 rief ein Teilnehmer einer israelfeindlichen Versammlung den Teilnehmenden einer Gegenkundgebung zu: „Was könnt ihr? Ihr seid nix. Ohne die Deutschen und die Europäer seid ihr nichts, wir brennen euch aus, wir reißen euch in Stücke. Der Nahe Osten gehört den Arabern und nicht euch Juden.“

Orte des Protests

Bei den durch RIAS Berlin dokumentierten Versammlungen zeigen sich deutlich lokale Schwerpunkte in den Innenstadtbezirken Berlins. Insbesondere Mitte sticht mit 98 Versammlungen heraus, gefolgt von Neukölln mit 31 Versammlungen und Friedrichshain-Kreuzberg mit 27 Versammlungen. Darauf folgen Tempelhof-Schöneberg (24) und Charlottenburg-Wilmersdorf (15). In Steglitz-Zehlendorf fanden 9 Versammlungen statt, von denen sich 8 an der Freien Universität Berlin ereigneten. Weitere Versammlungen verzeichnete das Projekt in Pankow (2), Lichtenberg (1) und Marzahn-Hellersdorf (1).

RIAS Berlin erfasste 13 Versammlungen an Hochschulen, auf denen es zu antisemitischen Vorkommnissen kam, darunter 3 Protestcamps. Bei den Versammlungen an den Hochschulen kam es zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Äußerungen und Schmierereien, z. B. im Rahmen der Besetzung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der HU Berlin. Neben einer Vielzahl von roten Dreiecken war dort beispielsweise zu lesen: „al-Qassam“ mit Herz darüber, „long live armed resistance/ long live the intifada“ und „From the river to the sea, Israel will never be“. Auch das FU-Präsidium wurde am 17. Oktober 2024 besetzt. Ein Mitarbeiter wurde verletzt, weitere wurden bedroht. Während der Aktion wurden u. a. die Parole „From the river to the sea! Palestine will be free“ und rote Dreiecke an die Wände gesprüht.

Mit der „Student Coalition Berlin“, die dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden kann, entstand Ende Oktober 2023 ein Zusammenhang, der vor allem über einen Instagram-Account nach außen kommunizierte und Aktivitäten an den einzelnen Hochschulen koordinierte, selbst Aktionen initiierte oder zu ihnen aufrief. An den Hochschulen agierten Gruppen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus gemeinsam mit solchen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum. Am 8. Februar 2024 fand vor der FU-Mensa eine vom „FU Palestine Committee“ angemeldete Versammlung statt, vor Ort waren dann auch Protagonist_innen der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ sowie der Gruppe „Arbeiter_innenmacht“ anwesend. Kurz vor dieser Versammlung war ein jüdischer FU-Student, der sich mit einigen weiteren Studierenden an der Universität gegen Antisemitismus positionierte, in seiner Freizeit abseits des Universitätsgeländes angegriffen und schwer verletzt worden. Noch während der Betroffene sich im Krankenhaus befand, wurde er in einem Redebeitrag auf der genannten Versammlung namentlich erwähnt und abwertend als „Zionist“ bezeichnet, was als Legitimierung der Tat interpretiert werden kann.⁵

5 Siehe dazu: Malburg, Mascha: Nach dem Angriff auf einen jüdischen Studenten geht der Hass auf dem Campus weiter, in: <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/eine-grenze-ist-ueberschritten/> (Zugriff am 9.4.2025).

Terrorverherrlichung und antisemitische Feindmarkierung

Auch kam es auf Versammlungen zu Terrorverherrlichungen, z. B. durch Solidaritätsbekundungen mit islamistischen Terrorgruppen oder deren Glorifizierung (u. a. Hamas, Hisbollah, Houthis). Diese wurden als Teil des „Widerstands“ bezeichnet. In der zweiten Jahreshälfte ließen sich im Kontext der militärischen Eskalation im Libanon noch explizitere Formen der Glorifizierung solcher Terrorgruppen oder auch von Führungsfiguren und Kämpfern verschiedener Terrororganisationen feststellen, die als „Märtyrer“ verklärt und verehrt wurden. Nachdem im September 2024 Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah und im Oktober auch Yahya Sinwar, der als einer der Hauptverantwortlichen für die Planung der Massaker am 7. Oktober gilt, getötet wurden, waren vermehrt Sprechchöre mit ihren Namen auf Versammlungen zu hören oder es wurden Bilder von ihnen gezeigt. Am 7. Oktober 2024, dem ersten Jahrestag der Massaker und während noch immer israelische Geiseln in den Händen der Hamas waren, wurde eine Versammlung unter dem Motto „Glory to the resistance“ durchgeführt. Allein der Titel der Versammlung drückt die euphemistische Umdeutung des Terrorangriffs als „Widerstand“ aus, der „geehrt“ werden solle. Auf der Versammlung kam es neben verschiedenen antisemitischen Parolen und Schildern außerdem zu Rufen, die Sinwar glorifizierten. Es zeigt sich seit dem 7. Oktober ein Widerspruch im Berliner Versammlungsgeschehen: Einerseits wurde unter dem Motto „Stoppt den Krieg“ demonstriert oder ein sofortiger „Waffenstillstand“ gefordert, andererseits wurde gewalttätiger „Widerstand“ – und damit die terroristischen Angriffe der Hamas sowie ihre Kampfhandlungen – verherrlicht.

Mit der Verherrlichung des „Widerstands“ ging mitunter auch die Leugnung der Taten einher, wie etwa die Leugnung der Vergewaltigungen während des Terrorangriffs am 7. Oktober. Die Leugnung befördert zudem das Narrativ, dass die ermordeten, verschleppten oder attackierten Israelis des 7. Oktober 2023 nicht als „Opfer“ betrachtet werden dürften.

Es gab zudem Aufrufe zur Gewalt gegen Jüdinnen_Juden. So wurde auf einer Versammlung aus dem verschwörungsideologischen Milieu am 3. Oktober 2024 in Mitte sowie auf einer Versammlung aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus am 12. Oktober 2024 in Steglitz-Zehlendorf jeweils auf Arabisch die Parole „Alle, die ein Gewehr besitzen und es für Hochzeiten aufbewahren: Entweder erschießt man einen Juden oder man gibt es der Hamas“ gerufen.

Auch übernahmen Aktivist_innen in Berlin die Praxis der Feindmarkierung der Hamas. Vielfach wurde das „rote Dreieck“ angebracht, das durch Propagandavideos der Hamas popularisiert worden war. Auf Versammlungen wurde das Dreieck auf Plakaten gezeigt, Aufkleber mit dem Dreieck wurden verklebt, oder es wurde ein Dreieck mit den Fingern gebildet, um z. B. Gegendemonstanz_innen oder Journalist_innen einzuschüchtern. Teilweise fand es eine fast popkulturelle

Verwendung, z. B. als Motiv auf Kleidungsstücken oder als Anhänger. Das rote Dreieck hat auch außerhalb des Versammlungsgeschehens Wirkung gezeigt. Es war im Berliner Stadtbild sehr präsent und auch in zahlreichen Social-Media Beiträgen zu finden. RIAS Berlin differenziert zwischen Fällen von Terrorverherrlichung und antisemitischen Vorfällen. Die Verherrlichung des Terrors, beispielsweise durch Intifada- oder Hamas-Sprechchöre oder durch das Zeigen roter Dreiecke, wertet RIAS Berlin nur dann als Vorfall, wenn sie explizit mit antisemitischen Äußerungen einhergeht oder wenn gezielt Jüdinnen/Juden, jüdische Einrichtungen oder jüdische Symbole als Feind/feindlich markiert werden.

Das Zeigen des Dreieck-Symbols auf Versammlungen war mitunter von Rufen mit antisemitischen und/oder terrorverherrlichenden Parolen begleitet. Am 6. Oktober kam es bei einer Versammlung aus dem antiisraelischen Spektrum unter dem Motto „Palestine Resists – It started long before October 7th“ zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit der Hamas und anderen Fällen von Terrorverherrlichung. So solidarisierten sich die Teilnehmenden in Parolen mit Hamas-Terroristen und forderten die Bombardierung Tel Avivs. Ein Teilnehmer rief zu den anwesenden Journalisten „Verschwindet, ihr Zionisten!“. Einige Teilnehmende formten mit den Händen ein Dreieck.



◀ **Neukölln, 29. Juni:**

Terrorverherrlichende Schmiererei, die zur Vernichtung Israels aufruft.

▼ **Treptow-Köpenick, 29. Juni:**

Rotes Dreieck über einem Davidstern.



Auf solchen Versammlungen wurde der Begriff „Zionist“ genutzt, um politische Gegner_innen zu markieren. Als Anlass dafür reichte es mitunter aus, sich am Rande der Versammlung gegen Antisemitismus zu positionieren oder Solidarität mit den von der Hamas am 7. Oktober 2023 entführten israelischen Geiseln zu zeigen. Pressevertreter_innen wurden mitunter nur für das Ausführen ihrer beruflichen Tätigkeit als „Zionist“ angefeindet. Zionismus wurde in Redebeiträgen auf den Versammlungen zum Inbegriff von Rassismus und Kolonialismus oder gar zum Synonym für das „Böse“. So sagte z. B. ein Redner bei der bereits erwähnten Demonstration am 29. Juni 2024: „Israel, Israel, begraben wirst du durch die Geschichte, Israel! Denn Israel, Netanyahu und all die faschistischen Zionisten, was haben sie schon für einen Wert? Sie sind nur ein Staubkorn in der Geschichte! Was wir bekämpfen [...] ist eine krankhafte Ideologie! Denn die Anhänger dieser krankhaften Ideologie bezeichnen sich von Gott auserwählt. Sie bezeichnen sich von Gott auserwählt und billigen das Töten von Kindern! Sie feiern das sogar! Und diese krankhafte Ideologie gilt es zu bekämpfen, denn diese krankhafte, ekelhafte, menschenverachtende Ideologie ist unser Feind!“ Die Demonstration war unter dem Titel „Stoppt den seit 1948 laufenden Holocaust der Palästinenser“ angemeldet worden und war einige Zeit lang mit diesem Wortlaut auf der Webseite „Versammlungen Berlin“ der Berliner Polizei angekündigt gewesen, bevor er geändert wurde.

Zusammenfassend zeigt sich, dass das Versammlungsgeschehen seit dem 7. Oktober 2023 sowie im Jahr 2024 eine wichtige Rolle bei der Verbreitung und Popularisierung terrorverherrlichender Symbole und Slogans sowie antisemitischer Chiffren spielte. Die Versammlungen sind wichtige Aktions- und Mobilisierungs-, Erlebnis- und Selbstvergewisserungsräume für Personen, die bereits Teil des Spektrums des antiisraelischen Aktivismus sind oder sich ihm annähern. Es gab zudem eine enge und dynamische Verschränkung von Offline- und Online-Geschehen. Die Versammlungen wurden von einer Vielzahl von Medien-Aktivist_innen aus dem Spektrum begleitet, die das Geschehen permanent und in Echtzeit in den digitalen Raum übertrugen. Im Nachgang wurden Versammlungen zudem medial ausgewertet. Dabei wurden einzelne Geschehnisse zugespitzt dargestellt und zur weiteren Mobilisierung genutzt.

Antisemitische Angriffe und Bedrohungen im Kontext von Versammlungen

Im Zusammenhang mit israelfeindlichen Versammlungen kam es in Berlin auch zu gewalttätigen Handlungen. RIAS Berlin dokumentierte 12 antisemitische Angriffe, die sich vor, nach oder während Versammlungen ereigneten. Die Drohungen und Angriffe erfolgten zum Teil direkt aus Versammlungen heraus, zum Teil aber auch im zeitlichen und räumlichen Kontext: auf Personen, die an Gegenkundgebungen teilnahmen, auf Pressevertreter_innen, die die Versammlungen vor Ort

begleiteten und darüber berichteten, aber auch auf unbeteiligte Personen, die sich zufällig in der Nähe der Versammlungen aufhielten. Es wurden bei Versammlungen z.B. Flaschen, Eier, Steine oder auch Pyrotechnik auf Gegendemonstrant_innen oder Pressevertreter_innen geworfen.

Zu einem Angriff kam es bei einer Versammlung am 22. Juni 2024, die am Rosenthaler Platz an einer Gegenkundgebung vorbeiführte. Am Ort der Gegenkundgebung wurden mit Fingern geformte Dreiecke gezeigt, die Parole „Yallah Yallah Intifada“ an den Gegenprotest adressiert und ein pyrotechnischer Gegenstand in Richtung der Personen der Gegenkundgebung geworfen.

Während eines Autokorsos am 12. Juli 2024 filmten die Teilnehmenden Umstehende und Passanten. Zwei Personen, die in einer Eisdiele saßen, signalisierten, dass sie nicht gefilmt werden wollten. Daraufhin näherten sich ihnen Teilnehmende des Korsos und brüllten sie mit „Free Palestine! Fuck You!“ an. Ein Ordner der Versammlung rief eine Gruppe weiterer Personen dazu, die sie ebenfalls anschreien und ihnen Gewalt androhten. Als ein Mann entdeckte, dass eine der Personen eine Davidsternkette trug, spuckte er sie an, woraufhin sie ihr Eis nach ihm warf. Die Angreifer schlugen dann auf die zweite Person ein, packten sie an den Haaren und schlugen ihren Kopf auf den Boden. Keine der anwesenden Passanten oder Eisdielengäste kam zu Hilfe oder rief die Polizei. Die beiden Angegriffenen konnten sich schließlich in der Eisdiele in Sicherheit bringen.

Am 5. Oktober, also zwei Tage vor dem ersten Jahrestag der antisemitischen Massaker der islamistischen Terrororganisation Hamas, griffen Teilnehmer_innen einer antiisraelischen Versammlung unter dem Motto „Ein Jahr Genozid – und die Welt schaut zu! Gegen Polizeigewalt!“ zwei israelische Tourist_innen an, die auf dem Rückweg in ihr Hotel in die Demonstration geraten waren. Die Touristin rief in Richtung der Versammlung auf Hebräisch „Lasst die Geiseln frei“ und zeigte währenddessen eine gelbe Schleife – das Symbol der Solidarität mit den von der Hamas entführten Geiseln. Daraufhin wurden sie und ihr Vater von Versammlungsteilnehmer_innen in bedrohlicher Weise umringt, laut Polizeimeldung wurden die beiden mit Schlägen und Tritten angegriffen. Ihr Vater wurde dabei leicht an der Hand verletzt.

Am 19. Oktober kam es im Rahmen einer israelfeindlichen Versammlung zu Angriffen auf Teilnehmende einer Gegendemonstration und Pressevertreter_innen. Während des Passierens zweier Gegenkundgebungen beleidigten die Teilnehmenden der israelfeindlichen Versammlung die Teilnehmenden der Gegendemonstrationen und bewarfen sie mit Steinen und Flaschen. Ein die Versammlung begleitender Journalist wurde mit den Worten „Verflucht sei deine Ehre, geh weg von hier! Du Israeli! Du Spion! Spuck auf euch!“ beleidigt. Anschließend spuckte der Täter den Journalisten an und schlug mit seiner Kufiya nach ihm.

Neben solchen Angriffen, die direkt aus den Versammlungen heraus getätigt wurden, kam es auch vor und nach israelfeindlichen Versammlungen zu Angriffen, z. B. im ÖPNV oder auch auf der Straße. Teilnehmende an Gegenprotesten berichteten u. a., dass sie nach Versammlungen verfolgt und mitunter angefeindet oder angegriffen wurden. So sind Personen, die als Teilnehmende am Gegenprotest oder als Pressevertreter_in regelmäßig israelfeindliche Versammlungen begleiten, dem Risiko ausgesetzt, öffentlich markiert, angefeindet oder sogar angegriffen zu werden.⁶

Auswirkungen auf Jüdinnen_Juden und auf jüdisches Leben in Berlin

Einzelne Versammlungen hatten konkrete Auswirkungen auf das Leben von Jüdinnen_Juden in Berlin: Es gab Fälle, bei denen Jüdinnen und Juden am Rande oder nach Versammlungen angegriffen wurden. Antisemitische Angriffe wirken häufig über den einzelnen Vorfall in die Communities hinein, sie verschärfen das Spannungsverhältnis zwischen der Sichtbarkeit der eigenen jüdischen Identität und der physischen und psychischen Unversehrtheit.

Auch wurden RIAS Berlin Fälle bekannt, in denen jüdische Gemeinden sich zu Änderungen der Gottesdienstzeiten gezwungen sahen oder Beter_innen den Gottesdiensten fern bleiben mussten, wenn entsprechende Demonstrationen in der näheren Umgebung stattfanden, da sie die Sicherheit der Gemeindemitglieder gefährdet sahen.

Die Versammlungen an den Berliner Universitäten und Hochschulen beeinträchtigten das Sicherheitsempfinden von jüdischen Studierenden in ihrem Alltag auf dem Campus und stellten für einige Studierende einen Grund dar, der Universität fernzubleiben.

Die Versammlungen wirkten außerdem auf symbolischer Ebene. Sie fanden mehrmals wöchentlich und in verschiedenen Berliner Bezirken statt und haben wesentlich zur Sichtbar- und auch Hörbarkeit des Antisemitismus in der Stadt beigetragen. Dass im Anschluss an den Terrorangriff der Hamas gegen israelische Zivilist_innen vom 7. Oktober 2023 und fortgesetzt im gesamten Jahr 2024, Jüdinnen_Juden sowie Israelis nicht mit einer breiten Solidarität begegnet wurde, sondern die öffentlichen Räume stattdessen stärker von Parolen und Slogans geprägt sind, die Terror verherrlichen und legitimieren, erschütterte nicht nur das Sicherheitsgefühl nachhaltig, sondern verstärkte auch Gefühle von Isolation und Frustration.

6 Die Anfeindungen und vor allem die physischen Übergriffe gegen Pressevertreter_innen waren 2024 so massiv, dass es in einem Bericht von Reporter ohne Grenzen heißt, „Nahost-Demonstrationen“ seien im Jahr 2024 „der gefährlichste Ort für deutsche Journalist*innen“ gewesen. Reporter ohne Grenzen: Nahaufnahme Deutschland: Pressefreiheit im Überblick, in: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/nahaufnahme/2025> (Zugriff am 6.4.2025).

Beispiele

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffen oder Schüssen.

Mitte, 3. Februar: Ein jüdischer Student wurde auf der Straße von einem Kommilitonen, der ihm aus einer Kneipe gefolgt war, mehrfach ins Gesicht geschlagen und ins Gesicht getreten, nachdem er zu Boden gestürzt war. Er kam mit mehreren Knochenbrüchen im Gesicht ins Krankenhaus und musste operiert werden.

Mitte, 3. Mai: Ein jüdischer Ukrainer wurde auf dem Weg zur Synagoge von einem Unbekannten antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen. Der Täter verfolgte den durch sichtbare religiöse Symbole als jüdisch erkennbaren Mann auf der Straße, rief dabei u. a. „Free Palestine“, stieß ihn zu Boden und verletzte ihn dann mit einem E-Roller. Der Betroffene musste mit einem Knochenbruch im Krankenhaus behandelt werden.

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steinen, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Neukölln, 6. Januar: Während eine Frau und ein Mann sich in einem Imbiss auf Hebräisch unterhielten, rief ihnen ein Mann vom Nachbartisch eine abfällige Bemerkung zu. Als die Frau widersprach, attackierte der Mann sie mit einem Stuhl. Sie konnte den Stuhl abwehren, woraufhin er sie mit Fäusten schlug. Er übergoss sie außerdem mit seinem Getränk und spuckte ihr ins Gesicht. Beim Weggehen schlug er noch ihrem Begleiter ins Gesicht.

Mitte, 27. April: Eine Frau, die in der S-Bahn telefonierte, wurde von einem neben ihr sitzenden Mann, der ihrem Gespräch zugehört hatte, auf Französisch als „fette jüdische israelische Schlampe“ beleidigt und angespuckt. Die anderen anwesenden Personen zeigten keine Reaktion.

Mitte, 3. Mai: Ein Mann, der mit einer israelischen Flagge am Körper im Außenbereich eines Lokals saß, wurde von einem Unbekannten angegriffen.

Treptow-Köpenick, 9. Mai: Mehrere Männer fuhren mit dem Rad in der Nähe eines Sees und beleidigten ihnen entgegenkommende Personen antisemitisch und antisemitisch mit der

Parole „Z***, Zecken, Juden“. Als die Betroffenen darauf reagierten, wurden sie angegriffen.

Tempelhof-Schöneberg, 10. Juni: Ein jüdischer Mann, der seinen Nachbarn bat, etwas leiser zu sein, wurde von diesem mit den Worten „Scheiß Jude, denken dürfen alles“ sowie „Viva Palästina“ beschimpft. Der Nachbar schlug ihn daraufhin leicht auf den Arm und deutete weitere Schläge an, woraufhin der Betroffene in seine Wohnung flüchtete.

Friedrichshain-Kreuzberg, 10. November: Ein Mann kam an einem U-Bahnhof mit einer ihm unbekannten Gruppe ins Gespräch. Es entwickelte sich eine Diskussion, in der einer der Unbekannten sich antisemitisch äußerte. Der Mann widersprach diesen Äußerungen. Daraufhin sprühte man ihm Reizgas ins Gesicht und traktierte ihn mit Fäusten.

Mitte, 5. Dezember: Eine Frau, die sich vor einem Café zuvor mit einer Freundin über Antisemitismus und Israelhass unterhalten hatte, wurde als „Drecksjüdin“ beleidigt und eine Zigarette in Richtung ihres Gesichts geworfen.

Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Mitte, 26. Januar: Eine „Hörstation“ an einem Mast in der Havelberger Straße, die u. a. über die Deportationen von Jüdinnen_Juden während des Nationalsozialismus informierte und an sie erinnerte, wurde vollständig zerstört. Zehn Tage vorher war bereits eine weitere Hörstation in der Levetzowstraße beschädigt worden.

Friedrichshain-Kreuzberg, 9. März: Die provisorische Trauerstelle für eine von der Hamas ermordete Berlinerin auf der Admiralbrücke wurde zerstört.

Friedrichshain-Kreuzberg, 14. März: Die Haustür von einem Wohnhaus, in dem auch eine jüdische Person lebt, wurde mit einem Davidstern und drei Ausrufezeichen markiert.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 19. April: Auf dem Stolperstein für Paul Cohn, der 1942 deportiert und in Riga ermordet wurde, war dessen Name zerkratzt.

Pankow, 9. Juni: Der Schaukasten eines Stadtteilzentrums, das zugleich ein Erinnerungsort für ein ehemaliges jüdisches Kinderheim und die Deportation der Bewohner_innen und

Mitarbeiter_innen ist, wurde mit einem roten Hamas-Dreieck beschmiert.

Spandau, 7. August: Auf die Mauer des Mahnmals Lindenufer, das an die zerstörte Synagoge erinnert, wurden links neben die Inschrift mit roter Farbe der Schriftzug „Fuck Israel“ und unmittelbar über der Inschrift ein rotes Dreieck gesprüht.

Tempelhof-Schöneberg, 17. August: Auf einer Gedenktafel am Richard-von-Weizsäcker-Platz, auf der die Namen zahlreicher nationalsozialistischer Konzentrations- und Vernichtungslager aufgeführt sind, wurde die Schmiererei „Gaza“ hinzugefügt.

Mitte, 28. August: An einer Schiffsanlegestelle informiert ein Schild über die Abfahrtszeiten der einzelnen Touren. Hinter der Uhrzeit werden verschiedene Übersetzungsmöglichkeiten angezeigt, die mit den Symbolen der jeweiligen Nationalflaggen gekennzeichnet sind. Alle 13 Israelflaggen wurden entweder ganz verschmort oder der Davidstern wurde ausgebrannt.

Tempelhof-Schöneberg,

30. September: Zum zweiten Mal innerhalb von etwa drei Wochen wurde das Schild einer jüdischen Kunstgalerie abgerissen.

- ▼ **Mitte, 5. Oktober:** Unter eine Reihe vor der Humboldt-Universität verlegter Stolpersteine, die an deportierte und ermordete Jüdinnen/Juden erinnern, die an der HU studiert hatten, wurde die Parole „Free Antifa from Zionism“ gesprüht.

Mitte, 11. November: Blumen und Grablichter, die anlässlich des Gedenktags des 9. November am Deportationsmahnmal auf der Putzitzbrücke aufgestellt waren, wurden zerstört. Ein Gedenkkranz wurde auf das Bahngelände unter der Brücke geworfen.

Steglitz-Zehlendorf, 27. Dezember: Ein in Dahlem aufgestellter Chanukka-Leuchter wurde mit einem Hakenkreuz beschmiert.



Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Friedrichshain-Kreuzberg, 22. April:

Eine jüdische Rentnerin, die eine Kette mit Davidstern-Anhänger und eine Handtasche mit israelsolidarischen Aufklebern bei sich trug, wurde in einem Laden sexistisch von zwei Männern beleidigt. Nachdem sie den Laden verlassen hatte, folgten ihr die zwei Männer, stellten sich mit Drohgebärden vor sie und riefen „Fuck Israel!“ und „Fuck you, du scheiß Jude!“. Als sie davonlief und meinte, sie würde die Polizei rufen, riefen die Männer ihr „Fuck Israel!“ und „Fuck Juden!“ hinterher.

Mitte, 28. Mai: Eine Person trug in Berlin-Wedding einen Rucksack mit pro-israelischen Aufnähern. Ihr wurde von mehreren Personen nachgerufen: „Wenn du Bastard zurückkommst, dann passiert dir das gleiche wie deinen jüdischen Freunden.“ Es folgten Sprechchöre mit „Free Free Palestine“.

Mitte, 24. Juni: Als eine Mitarbeiterin einer Universität, die an ihrem Rucksack eine Stoffschleife zur Erinnerung an die Geiseln des 7. Oktober trug, auf

dem Campus einen antisemitischen Aufkleber entfernte, blieb ein Mann neben ihr stehen, schüttelte den Kopf und machte „tss“. Nachdem sie Geste und Geräusch des Mannes wiederholte, sagte er: „Dich werden wir kriegen, you’re sick.“

Friedrichshain-Kreuzberg, 8. Juli:

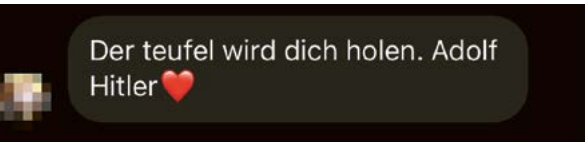
Eine jüdische Frau ging auf der Straße an einem älteren Mann vorbei, der etwas Unverständliches in ihre Richtung sagte. Da die Frau es nicht verstanden hatte, fragte sie: „Wie bitte?“ Daraufhin brüllte der Mann sie an und sagte, dass man sie lieber hätte vergasen sollen.

Steglitz-Zehlendorf, 17. Oktober:

Beim Versuch der Besetzung des Präsidiums der Freien Universität Berlin, bei der auch antisemitische Schmierereien hinterlassen wurden, wurden Mitarbeitende der Hochschule, die sich im Gebäude aufhielten, von den Personen, die in das Gebäude eindrangten, bedroht. Einige von ihnen schlossen sich aus Angst in ihren Büros ein.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nichtjüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.



Der teufel wird dich holen. Adolf Hitler ❤️

- ▲ **Online, 9. Januar:** Eine jüdische Social-Media-Nutzerin erhält eine Direktnachricht mit dem Inhalt: „Der teufel wird dich holen. Adolf Hitler ❤️ [Fehler im Original]“.

Neukölln, 10. Januar: Ein Plakat, das eine der entführten Hamas-Geiseln zeigt, wurde teilweise abgerissen und mit den Sprüchen „What about Palestine?“ und „Zionism = [Hakenkreuz]“ beschmiert.

Lichtenberg, 13. April: Im Erdgeschoss eines Wohnhauses wurden an die Fenster zahlreiche antisemitische Slogans und den Nationalsozialismus verherrlichende Schriftzüge und Zeichen gemalt. Darunter: „3. Reich“, „1488“, „Juden töten“, „Juden verrecke“. Gemalt wurde zudem ein Davidstern an einem Galgen und mehrere Hakenkreuze.

Reinickendorf, 14. Mai: In Frohnau wurden antisemitische und rassistische Aufkleber einer neonazistischen Kleinstpartei entdeckt.

Tempelhof-Schöneberg, 5. Juni: In einem Bus unterhielt sich ein jüngerer Mann mit zwei weiteren jungen Leuten. Er äußerte, dass die „Juden“ die Schuld an dem aktuellen Konflikt in Nahost seien. Er fing dann an, über Hitlers „Mein Kampf“ zu sprechen und dass Hitler gesagt habe, es würde der Welt noch leidtun, dass er nicht alle Juden umgebracht habe. Dies sei genau das, was man seiner Meinung nach heute tun müsse – alle Juden umbringen. Die meldende Person forderte den Mann auf, das Gespräch zu beenden. Als alle beim gleichen Bahnhof ausstiegen, zeigte der Mann ihr mehrfach den „Hitlergruß“.

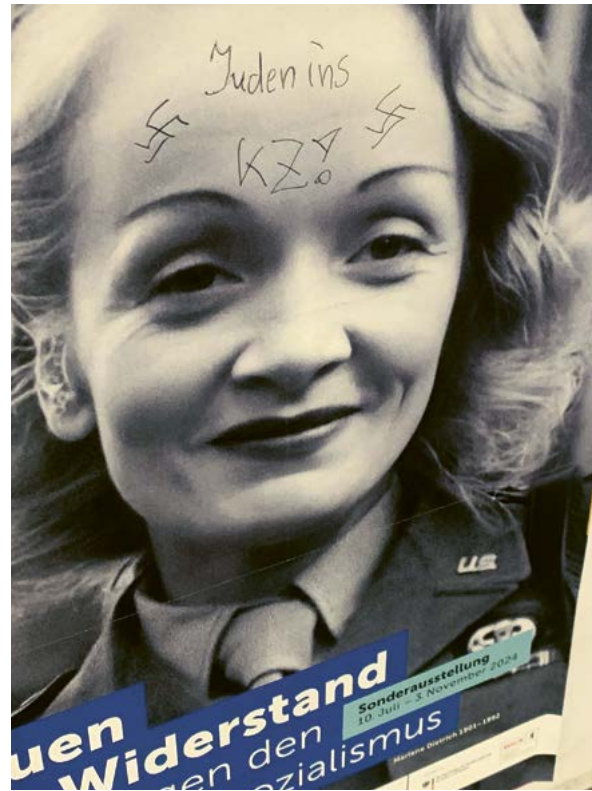
Spandau, 23. Juni: Auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Rathaus Spandau wurde auf dem Hinweisschild zum Ausgang „Judenstraße“ das Wort „Juden“ umkreist und an einen aufgemalten Galgen gehängt.

Friedrichshain-Kreuzberg, 12. Juli:

Als eine Frau vor Schabbatbeginn am Eingang zur Synagoge dem Sicherheitspersonal ihren Ausweis zeigte, fuhr ein Mann auf einem E-Scooter direkt hinter ihr vorbei und brüllte „Free Palestine“ und „Fuck Israel“.

Marzahn-Hellersdorf, 18. Juli: Auf einer Informationstafel in den „Gärten der Welt“ wurde auf dem Lageplan der einzelnen Gärten im Schriftzug „Jüdischer Garten“ das Wort „Jüdischer“ mit einem schwarzen Stift durchgestrichen.

Tempelhof-Schöneberg, 6. August: An einem S-Bahnhof wurde eine Frau, die eine Coca Cola kaufen wollte, von einem jungen Mann als „Scheißjüdin“ beleidigt. Als die Begleitperson der Frau zu ihm sagte, dass sie beide mit Israel nichts zu tun hätten, antwortete der junge Mann, dass sie sich schämen sollten, Israel zu unterstützen, denn jeder, der diese Cola-Marke trinke, sei ein Freund Israels.



▲ **Charlottenburg-Wilmersdorf, 14. August:** Ein Plakat einer Sonderausstellung zum Thema „Frauen im Widerstand“ zeigte ein Bild von Marlene Dietrich. Auf ihr Gesicht wurden „Juden ins KZ!“ und zwei Hakenkreuze geschmiert.



▲ **Steglitz-Zehlendorf, 20. September:**

Auf einen Busfahrplan an der Haltestelle Reichensteiner Weg in Dahlem wurde „Kindermörder Israel“ geschmiert.

Pankow, 17. September: Ein jüdischer Mann wurde in der Tram von einem mitfahrenden Mann bedrängt, der den Davidstern an dessen Kleidung bemerkt hatte. Der Mann stellte sich direkt vor ihn, starrte zunächst auf den Davidstern und dann in seine Augen. Beim Aussteigen starrte er weiter in seine Richtung und spuckte, als sich die Türen schlossen, auf den Boden. Von den umstehenden Personen intervenierte niemand, nur ein Mann suchte den Blickkontakt.

Mitte, 27. September: Ein jüdischer Mann bestellte ein Uber-Taxi. Als das Taxi kam, schaute der Fahrer auf die Kippa des Mannes, sagte unvermittelt „Tschüss“ und fuhr davon.

Treptow-Köpenick, 5. Oktober: Auf den Boden der Parkwegbrücke wurden in roter Farbe die Schriftzüge „LONG LIVE OCT 7“ sowie „NIE WIEDER ISRAEL“ gesprüht.

Friedrichshain-Kreuzberg, 7. Oktober: Am Jahrestag der Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 wurden auf einer israelfeindlichen Versammlung, die mit dem Slogan „Glory to the Resistance“ angekündigt wurde, antisemitische und terrorverherrlichende Parolen skandiert.

Online, 10. Oktober: Unter dem Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation kommentierte ein_e User_in: „Wieso hat man euch nicht einf damals schon ...gelöscht“.

Mitte, 1. November: In der Charlottenstraße wurde der Schriftzug „The Goyim know“, der auf antisemitische Verschwörungserzählungen anspielt, an einem Stromkasten angebracht.

Neukölln, 6. November: In einem Laden wurden gezielt Kerzen, auf denen ein Davidstern und eine Menora abgebildet sind, zerstört. Alle anderen Kerzen blieben unbeschädigt.

▼ **Bezirk unbekannt, 31. Dezember:** Eine Person, die den Schriftzug „Chanukka Sameach“ sowie eine Chanukkia im Fenster hatte, fand auf ihrem Briefkasten zwei Aufkleber mit den Aufschriften „Don't be a Zionist“ und „End Apartheid Free Palestine“.



Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfalltypen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.⁷ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.⁸ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.⁹

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfalltypen, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschauliche Hintergründe.

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von

7 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/rias-berlin> (Zugriff am 7.10.2021).

8 Ebd.

9 Vgl. Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review 16 (2004) 3–4. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 7.10.2021).

Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv **Versammlungen** mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring bezieht sich jedes Jahr auf zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall vom Typ verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils einzeln als zusätzlicher antisemitischer Vorfall registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen handelt es sich zum einen um religiöse oder weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Zum anderen können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als eine Betroffene.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkt Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythos, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet.

Post-Schoa-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung ist nicht immer möglich und erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Weil solche Informationen oft fehlen, werden viele antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Hier ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen

verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Dieser bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten zielt, sich aber zugleich zumindest formal auch von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.¹⁰

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltansicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

10 Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Inhaltliche und methodische Grundsätze, hier S. 16. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsätze_DinA5_web.pdf (Zugriff am 2.4.2021).

Auch für das Milieu des **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Meldestelle für antisemitische Vorfälle

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldenetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt jährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt so das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter www.report-antisemitism.de gemeldet werden.



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

Unsere Angebote

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Informationen und Analyse
zu aktuellen Ausdrucksformen
des Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **www.report-antisemitism.de**
oder die Telefonnummer **030/817985821** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

instagram.com/rias.berlin

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdK

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

Gefördert durch



Im Rahmen von

